:antifaschistische nachrichten Nr. 01

g 3336 12.1.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Zum neonazistischen Terrornetz

Nach wie vor beherrscht das Thema des neonazistischen Terrornetzes „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU), das 13 Jahre lang nicht aufgedeckt wurde, so dass die Neonazis ungestraft morden konnten, einen wesentlichen Teil der öffentlichen Diskussion, beschäftigt es Parlamente, Regierungen, Parteien und vor allem Medien. Dabei stehen fünf Problemkreise im Mittelpunkt:

Erstens geht die Suche nach Erkenntnissen über die Morde, Banküberfälle und anderen Verbrechen des Trios, über den Weg seiner Entwicklung, ihre Aufenthaltsorte, Geldquellen usw. weiter. Noch sind viele Fragen offen. Ungereimtheiten gibt es nicht nur über den Tod von Mundlos und Böhnhardt im Wohnmobil in Eisenach, sondern auch über den tatsächlichen Hergang der Ermordung der Polizistin in Heilbronn (hier sorgt vor allem ein Material aus amerikanischen Geheimdienstkreisen für beträchtliches Aufsehen,

Fortsetzung Seite 2 unten



Offener Brief des Auschwitz-Komitees an die Regierenden

Wir, die letzten Zeugen des faschistischen Terrors, rufen auf: [...]
Aus der Erfahrung unseres Lebens sagen wir: Nie mehr schweigen, wegsehen, wie und wo auch immer Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hervortreten! Erinnern heißt handeln!
(*Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees*)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Damen und Herren,

in großer Sorge wenden wir uns heute an Sie. Antisemitische, rassistische und neofaschistische Ideologie und Praxis finden Akzeptanz bis in die Mitte der Gesellschaft. Sie, die Regierenden, tragen Mitverantwortung an den „deutschen Zuständen" heute, an der Ökonomisierung des Denkens, an der Entsolidarisierung der Gesellschaft, und, daraus folgend, an der sozialen Spaltung, die Ängste schürt. Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit haben heute wieder Konjunktur in Deutschland.

1. In Zeiten, in denen hierzulande mindestens zehn Menschen von einer rechten Terrorbande ermordet wurden, weil sie türkische und griechische Namen trugen und mindestens 13 Jahre lang der „Nationalsozialistische Untergrund"/ NSU unter den offensichtlich rechts zugedrückten Augen der Polizei, der Justiz und des Verfassungsschutzes wütete,

2. in Zeiten, da 182 Tote durch Gewalt von Nazis und Neonazis in den vergangenen 20 Jahren von den Regierenden scheinbar übersehen wurden, obwohl doch Ausstellungen wie „Opfer rechter Gewalt" seit Jahren vielerorts gezeigt wurden, einschlägige Websites und Foren mit unendlicher Mühe von NGOs, Bürgerinitiativen und Opferverbänden ganz öffentlich zugänglich waren und sind,

3. in Zeiten, in denen selbst im Winter Menschen schon wieder nachts aus dem Schlaf gerissen und abgeschoben werden, Bürgerkriegsflüchtlinge, Roma, Familien mit Kindern, Alte und Kranke in elende Zustände gewaltsam verbracht werden, obwohl auch Überlebende des Holocaust, die im Exil Zuflucht fanden, immer wieder das Bleiberecht anmahnen,

4. in Zeiten, in denen ungeachtet zahlreicher Proteste, trotz Mahnungen von Überlebendenorganisationen, von den Zentralräten der Juden und der Muslime, von WissenschaftlerInnen die Fachministerin beratungsresistent bleibt. Fremdschämen müssen wir uns für die Ministerin Schröder, die mit ihrer so genannten „Extremismusklausel" Überlebendenorganisationen und seit Jahrzehnten ehrenamtlich arbeitende Initiativen gegen rechts mit dem Generalverdacht überzieht, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen. Bespitzelung und Verdächtigung statt Aufklärung und Anerkennung, Geld nur gegen Gesinnungsschnüffelei – wie groß wird der Scherbenhaufen sein, den das Ministerium hinterlässt?,

5. in Zeiten, in denen schon wieder obrigkeitsstaatliches Denken Konjunktur hat, durch das Befolgen von Befehlen und Anordnungen selbst bei Frosttemperaturen mit Wasserwerfern auf Menschen geschossen wird, die in friedlichen Blockaden sich mutig auf die Straßen der Städte setzen, um marschierende Neonazis zu stoppen. Gegen die Tränengas in gesundheitsgefährdenden Mengen eingesetzt wird. Der Vertrauensverlust in demokratische Zustände ist kaum zu ermessen, wenn Demonstranten weggespritzt und anderweitig traktiert werden, Menschen bespitzelt, überwacht und ausgehorcht werden, Mobilfunkdaten missbraucht werden, Immunitäten von Abgeordneten aufgehoben werden, →

Aus dem Inhalt:

VVN-BdA startet neue Kampagne für NPD-Verbot 10
Wirtschaftskrise und extreme Rechte in Frankreich 11

6. in Zeiten, in denen selbst ein Shoa-Überlebender wie Ernst Grube, VVN-BdA-Vorsitzender in Bayern, vom Nachrichtendienst überwacht und als Zeitzeuge diskreditiert wird,

7. in Zeiten, in denen die NPD und neofaschistische Kameradschaften ganze Regionen zu „national-befreiten Zonen" erklären und die NPD immer noch nicht verboten ist mischen wir uns ein und fordern Sie auf: Handeln Sie, jetzt!

Sieben Sofortmaßnahmen schlagen wir Ihnen vor:

◆ Schluss mit der öffentlichen Subventionierung neofaschistischer Organisationen durch V-Leute, wir fordern gründliche und parlamentsöffentliche Aufklärung der Morde selbst sowie der Verfehlungen und Verstrickungen des Verfassungsschutzes und der Polizei in die Morde des „nationalsozialistischen Untergrunds" und ähnlicher Geheimbünde

◆ Schluss mit der Un-Kultur des Verdachts und der Gleichsetzung „Rot gleich Braun", wir fordern gründliche und öffentliche Aufarbeitung aller Todesfälle durch rechte Gewalt in den vergangenen 20 Jahren

◆ Schluss mit den Abschiebungen, Bleiberecht für alle, insbesondere für Roma und Sinti

◆ Schluss mit den Verdächtigungen staatlich nicht kontrollierter Projekte und Initiativen gegen rechts

◆ Schluss mit der Gewalt gegen Menschen, die ihren eigenen Körper in friedlichen Sitzblockaden gegen Neonaziaufmärsche einsetzen, die großen Mut beweisen und unsere Hoffnung auf eine bessere Zukunft sind.

◆ Schluss mit der Kriminalisierung und Überwachung

◆ Schluss mit der Überwachung von Überlebenden des Holocaust, die Diskreditierung ihrer Zeitzeugenarbeit wie z.B. bei Ernst Grube in Bayern muss sofort beendet werden Und Sie, Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel und die Bundesregierung fordern wir wiederum auf: Verbieten Sie endlich nach Artikel 139 Grundgesetz und entsprechend dem Potsdamer Abkommen die NPD und alle faschistischen Nachfolgeorganisationen, ihre Schriften, ihre Embleme, ihre Aktivitäten! Das sind wir den Millionen Opfern der faschistischen Verbrechen schuldig.

Bitte unterrichten Sie uns über Ihre Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen,

Esther Bejarano, Vorsitzende Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 15. Dezember 2011 ■

Fortsetzung von Seite 1 „Zum neonazistischen Terrornetz

das nahe legt, der Mord habe unter den Augen deutscher Verfassungsschützer stattgefunden). Beate Zschäpe, die das Haus in Zwickau explodieren ließ, schweigt bisher. Unklar bleiben weiter die Motive, weshalb sie sich festnehmen ließ und die Motive für den Versand der DVD's, die mit ihrer Brutalität und Menschenverachtung als eine Art „Bekennerschreiben" aufgefasst werden können.

Zweitens geht es um die Aufdeckung der doch wesentlich größeren (als ursprünglich angenommenen) Unterstützerszene. Inzwischen gab es weitere Verhaftungen und Vorladungen, noch aber haben die Ermittler genügend Arbeit vor sich. Vieles ist über Herkunft und Umfeld des Trios aus dem „Thüringer Heimatschutz" von Anfang der 90er Jahre bekannt. Dabei ist die Durchsetzung dieser Neonaziverbindung mit führenden NPD-Kadern besonders brisant. Ralf Wohlleben, ehemals Landesvize der Thüringer NPD wurde verhaftet, da er den Mördern mindestens eine Pistole beschafft haben soll. Aber auch Patrick Wieschke ist kein unbeschriebenes Blatt. Wieschke, der gerade als Mitglied in den Parteivorstand der NPD aufrückte, dürfte wegen seiner möglichen Kontakte zu den Mördern aus der Zeit beim „Heimatschutz" noch weiteren unangenehmen Fragen entgegensehen. Weitere Erkenntnisse werden sich sicher aus den Verbindungen der Terroristen in Zwickau, nach Johanngeorgenstadt, ins Saarland, Rheinland und Bayern ergeben. Für mögliche Beziehungen musste sich auch der allseits bekannte und aktive Neonazi Axel Reitz befragen lassen, der die Terroristen zumindest einmal bei einer neonazistischen Zusammenkunft erlebt hat.

Drittens bleibt das völlige Versagen der Organe der Strafverfolgung, vor allem des Verfassungsschutzes Thema. Mit Hohn und Spott haben die Mörder in ihren DVDs die übergossen, die angeblich so intensiv hinter ihnen her waren. Die widersprüchlichen Reaktionen der Regierenden in Bund und Ländern und ihrer Sicherheitsorgane verraten, dass diese neben der „Schande" vor allem die Last empfinden, die jetzt auf ihnen liegt, sich für all die Pannen, Fehler, ja vielleicht sogar stille Hilfe durch Verfassungsschützer zu rechtfertigen. Mit hektischer Betriebsamkeit, vielen Sitzungen, mit Trauerbekundungen für die Opfer der Mordserie, mit der Gründung neuer Kommissionen und der Einrichtung neuer Arbeitsstellen, letztlich auch mit finanziellen Mitteln im Kampf gegen die Neonazis versuchen sie, ihren Pelz zu waschen.

Viertens hat nun die Debatte um ein Verbot der NPD neuen Auftrieb erhalten. Die Forderung nach dem Verbot dieser neonazistischen Partei wird nun von wesentlich breiteren Kreisen bis auf die Regierungsebene geteilt. Auch die Kanzlerin will „prüfen" lassen. Manches sieht allerdings mehr als ein Ablenkungsmanöver vom tatsächlichen entschlossenen Kampf gegen den Rechtsextremismus aus und manche Landesregierungen mauern bei der notwendigen Abschaltung ihrer V-Leute aus der NPD. Daher gibt es auch nicht wenige Warnungen vor voreiligen ungeprüften Schritten. Dass gerade die neue NPD-Spitze unter Holger Apfel ihre scheinheilige Absage an Gewalt und Terror erneuert, muss dabei ebenfalls beachtet werden.

Fünftens geht es um die Weiterentwicklung des Massenprotestes gegen das Treiben der Neonazis, die Verbreiterung der Bündnisse. Das geht über die aktuellen Kundgebungen gegen den Mordterror der „NSU" hinaus, die u.a. in Jena, Weimar und Zwickau stattfanden. Bei der traditionellen Ehrung für den 1992 ermordeten Silvio Meier in Berlin-Friedrichshain kamen sowohl die jüngsten Opfer neonazistischer Mörder als auch die fast 200 Opfer solcher Gewalttaten aus den letzten 20 Jahren in den Blick. Der Türkische Bund organisierte einen Autokorso mit 160 Fahrzeugen zum Gedenken an die Opfer rechtsextremen Terrors von Berlin-Kreuzberg über die NPD-Zentrale bis zum Reichstag. Verstärkt werden die Forderungen nach Beendigung der kriminellen Behinderungen der Aktivitäten demokratischer Kräfte gegen die Neonazis. Im Bundestag fasste Gregor Gysi in sieben Punkten zusammen, was die Linke in der entstandenen Situation fordert – von der Entschädigung der Angehörigen der Opfer über die vollständige und schonungslose Aufklärung dieses Rechtsterrorismus, die Abschaltung der V-Leute und die anschließende Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens. die Änderung von Programmen und die Streichung der Extremismusklausel, die Hilfe für die Gemeinden, wo sich Neonazis „national befreite Zonen" geschaffen haben, mehr Investitionen in die Bildung zur Aufklärung über die Verbrechen des Naziregimes unter den Schülern bis zur Einstellung der Aktivitäten des Inlandsgeheimdienstes gegen die Linke.

Eine wichtige Rolle wird weiterhin die Unterbindung der Tätigkeit des sog. „Freien Netzes" spielen, dessen Wirken bisher von den Sicherheitsbehörden völlig ignoriert oder heruntergespielt wurde, das aber gerade in Sachsen, Thüringen, fortschreitend auch darüber hinaus scheinbar „führerlos" die Neonaziszene strukturiert und organisiert. Was dabei die sächsische Landtagsfraktion der Linken herausgefunden hat, ist alarmierend. Nicht auszuschließen, dass es Kontakte von Aktivisten des „Freien Netzes" zu den Terroristen der NSU gegeben hat.

Dr. Roland Bach, ag.rex@die-linke.de Newsletter Die Linke – BAG Rechtsextremismus / Antifaschismus, Antifa aktuell 12/2011 ■

Aktionskonferenz "gegen Euro-Wahn"

Berlin. Die für den18. Februar von der Zeitschrift „COMPACT" um Jürgen Elsässer geplante Aktionskonferenz „Bürger gegen Euro-Wahn. Volksentscheid jetzt!" (siehe auch AN 25/26-2011) soll im „con.vent Hotel" in Berlin-Adlershof stattfinden. Neben einschlägig bekannten EU-Gegnern und Autoren der „Jungen Freiheit" sollen auf der Konferenz auch „Schweizer Parlamentarier", der Bundesvorsitzende der neoliberalen „Partei der Vernunft", Oliver Janich, und Dr. Eike Hamer vom Mittelstands-Institut in Niedersachsen auftreten. An einer Podiumsdiskussion soll, so die „Preußische Allgemeine Zeitung", der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Jan Timke von „Bürger in Wut" teilnehmen. *hma* ■

NPD Düren schaltet sich ab

Düren. Zum Jahreswechsel hat sich der NPD-Kreisverband Düren von der politischen Bühne verabschiedet. Im Herbst 2010 hatte der NPD-Landesvorstand gegen den damaligen Kreisvorsitzenden Ingo Haller und seine Stellvertreter Rene Laube und Rene Rothhanns ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet und diese aller Ämter enthoben. Sowohl das Landesschiedsgericht der NPD als auch Bundesschiedsgericht bestätigten nun die Ausschlüsse gegen die Drei, die den Kurs der Partei als zu lasch kritisieren. Daraufhin verließen, so Haller, auch zahlreiche Anhänger der drei abgesetzten Kreisfunktionäre die Partei, die nun im Raum Düren nur noch über zwei Mitglieder verfügen soll. Haller, Mitglied des Dürener Kreistags, und seine Kumpane, die über gute Verbindungen zur „Kameradschaft Aachener Land" und zu den „Freien Kräften Köln" verfügen, wollen künftig einen „parteiunabhängigen" Newsletter herausgeben und eine örtliche „Wählervereinigung" gründen. *hma* ■

Ruhende Mitgliedschaft

München. Der Vorstand des „Verband Alter Herren des Coburger Convents" (AHCC) hat am 22. Oktober vergangenen Jahres beschlossen, die Mitgliedschaft im „Convent Deutscher Akademikerverbände" (CDA) vorerst ruhen zu lassen. Der AHCC betrachtet dies als Zeichen der Unvereinbarkeit mit „den extrem völkischen Festlegungen" der „Deutschen Burschenschaft" bezüglich der Aufnahme neuer Mitglieder. Dem CDA gehören neben der „Deutschen Burschenschaft" auch die „Deutsche Gildenschaft" und der „Verband der Vereine Deutscher Studenten" (VVDSt) an. Von der Mitgliedschaft des „Coburger Convent", die vor Ort nicht selten über gute Kontakte zu Mitgliedsbünden der „Deutschen Burschenschaft" verfügt, wird die Entscheidung unterschiedlich aufgenommen. Der CC mache sich damit zum „nützlichen Büttel der so genannten Anti-Faschisten", heißt es in einem Leserbrief im Verbandsorgan „CC-Blätter". *hma* ■

Ermittlungen gegen „PI-News"

München/Bergisch-Gladbach. Wie die Münchener Staatsanwaltschaft mittlerweile bestätigte, ermittelt sie wegen des Verdachts der „Volksverhetzung" ge- →

Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen!

30. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen 2012 in NRW

Bereits zum 30. Mal findet in Nordrhein-Westfalen eine Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen statt. Am 28. Januar 2012 in Dortmund geplant, will sie die vielen Ansätze zahlreicher Organisationen und Initiativen in der Auseinandersetzung gegen die Neonazis und Rassisten zusammenführen.

Maßgeblich initiiert von der VVN-Landesvereinigung NRW sollen in insgesamt sieben Arbeitsgruppen Erfahrungen ausgetauscht und vor allem Maßnahmen zur weiteren Bekämpfung des Naziungeistes erarbeitet werden. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Nazimorde und der Verstrickung staatlicher Behörden darin stößt die Konferenz auf große Resonanz.

Im gemeinsamen Aufruf zur Konferenz heißt es dazu:

„…Uns ist klar, dass der Neonazismus nur die sichtbare Spitze der Rechtsentwicklung in ganz Europa ist. Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Gewährenlassen der Neonazis durch staatliche Instanzen, der Justiz und dem täglichen Rassismus, der Abschiebepraxis und der Ausweitung der Kriegseinsätze. Die Neonazis stehen einer demokratischen Gesellschaft im Weg. Neonazis und rechte Ideologien haben zur Lösung von gesellschaftlichen Krisen sowie zur Beendigung von kriegerischen Auseinandersetzungen nichts, aber auch gar nichts beizutragen, außer der Option, dass es auch noch schlimmer geht. Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! ..."

Das Konferenzmotto „Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen!" drückt aus, dass es den Initiatoren nicht nur darum geht, den Neofaschisten und Rassisten das Leben so schwer wie möglich zu machen. Darüber hinaus geht es ihnen vor allem auch darum, Handlungsalternativen für eine lebenswerte Zukunft zu entwickeln.

Eröffnet wird die Konferenz durch Dr. Ullrich Schneider, Generalsekretär der Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten (FIR). Er beleuchtet in seinem Vortrag die Aktivitäten der demokratischen Kräfte gegen die Neofaschisten im europäischen Raum.

Abgerundet wird die Konferenz durch ein vielseitiges Kulturprogramm.

Fachhochschule Dortmund • Fachbereich Design • Max-Ophüls-Platz 2



10 – 18 Uhr

Eingangsreferat Dr. Ulrich Schneider, FIR

Danach Arbeitsgruppen:

- Dresden und anderswo
- Kinder des Widerstandes
- Demokratische Alternativen im Stadtteil
- Bündnisse eingehen – vernetzen
- Die Gewalt der Neonazis/Faschisten
- Militarisierung der Gesellschaft
- Sündenböcke – Kriminelle – EU-Bürger?

AUFRUF des Bündnisses Dresden Nazifrei 2012

Aller guten Dinge sind drei!

BLOCK DRESDEN 2012 – Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist

In den vergangen zwei Jahren ist uns etwas gelungen, das viele für unmöglich gehalten hatten: Wir haben den Naziaufmarsch in Dresden erfolgreich blockiert. Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen.

Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten sie in den vergangenen Jahren, an das Gedenken an die Bombardierungen Dresdens im Februar 1945 und den damit einher gehenden Mythos der „unschuldigen Stadt Dresden" anzuknüpfen. Auch durch Ignorieren und Wegschauen seitens der Stadtverwaltung und eine mangelnde Entschlossenheit großer Teile der Dresdner Zivilgesellschaft konnte dieser Termin zu Europas größtem Naziaufmarsch mit bis zu 7000 Teilnehmenden werden. Doch die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem entschlossenen Handeln von zwölftausend (2010) und zwanzigtausend Menschen (2011), die mit Massenblockaden den Marsch der Nazis verhinderten.

Wir wenden uns gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus. Alten und neuen Nazis darf keine Gelegenheit gegeben werden, die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen. Daher werden wir am 13. Februar 2012 den „Täterspuren"-Mahngang durchführen, um an die NS-Geschichte in Dresden zu erinnern.

„Sagen, was man tut, und tun, was man sagt" – durch dieses Motto war unser Handeln der letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Uns eint das Ziel, den Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern. Unser Ziel ist dabei nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei. Wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu blockieren – von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

„Unsere Vielfalt ist unsere Stärke" – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabei bleibt es! Mit einem breiten Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden, religiösen Gruppen sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen haben wir deutlich gemacht: Blockaden sind legitim, und Dresden geht uns alle an!

AntifaschistInnen wurden in den letzten Monaten vermehrt mit staatlichen Repressionen überzogen. Rechtswidrige Funkzellenabfragen, politisch motivierte Strafverfahren, selbst Immunitätsaufhebungen werden uns nicht einschüchtern. Versuchen von außen, uns mittels der Extremismustheorie zu spalten, setzen wir unsere Solidarität entgegen. Wir lassen uns nicht spalten. Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, unsere Blockaden sind legitim!

Lassen wir uns nicht einschüchtern! Wir protestieren im Februar in Dresden auch gegen die staatliche Aushöhlung des Versammlungsrechts und einen Schnüffel-Staat. In Dresden soll bewusst das Rechtsordnungsprinzip der Verhältnismäßigkeit verschoben werden, um einen „gläsernen Demonstranten" zu schaffen.

Auch 2012 werden wir den Naziaufmarsch in Dresden blockieren. Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Nazis zeigt einmal mehr, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln ist. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert, sondern muss unterstützt werden. Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene bagatellisiert worden. Schluss damit!

Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden: bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!

Fortsetzung von Seite 3

gen das rassistische Internetportal „PI-News". Im Visier haben die Ermittler den früheren Münchener CSU-Sprecher Michael Stürzenberger, der zu den Mitarbeitern von „PI-News" gehört und im Dezember in der Bundesvorstand der Partei „Die Freiheit" gewählt wurde. Nicht zuletzt ein von Stürzenberger veröffentlichtes „Thesenpapier gegen die Islamisierung" und dessen Wahl in den Bundesvorstand der Partei hatte zu zahlreichen Rück- und Austritten aus „Die Freiheit" geführt. In Bayern, Hessen und NRW traten Landesvorstandsmitglieder zurück.

„Die Bereitschaft, extremistische Tendenzen in den eigenen Reihen zu dulden oder gar zu verteidigen" gehe „weit über eine Randgruppe in der Partei hinaus", heißt es in einer Erklärung von Marco Pino, der sein Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender niederlegte und ebenfalls aus der Partei austrat. *hma* ■

Sauberes Verbot statt verfassungswidriger Manöver

„Ein von Alexander Dobrindt vorgeschlagener Ausschluss von durch den Verfassungsschutz beobachteten Parteien aus der staatlichen Parteienfinanzierung ist schlicht verfassungswidrig. Um Neonazis von staatlichen Geldern abzuschneiden, ist ein sauberes NPD-Verbot durch das Bundesverfassungsgericht der einzig gangbare Weg", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zum Vorschlag von CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt. Jelpke weiter: „Bei Dobrindts Vorschlag handelt es sich um ein plumpes Ablenkungsmanöver vom Unwillen der Bundesregierung, ein NPD-Verbot durch den Abzug der V-Leute zu ermöglichen. Auch nach allen Enthüllungen über die Blutspur der Zwickauer Naziterroristen will die CSU die Neonazis nicht bekämpfen. Diese sollen nun im Sinne des Extremismusansatzes der Bundesregierung auch noch als Begründung für die Forderung nach einem Verbot der Linkspartei herhalten. Wer angesichts von über 150 durch Neonazis und Rassisten ermordeten Menschen seit 1990 solche Vergleiche zwischen Rechtsextremen und der Linken macht, ist von einer geradezu kriminellen politischen Blindheit geschlagen."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

SoKo 19/2 der Polizei Dresden kriminalisiert NazigegnerInnen im Raum Hannover

Am 19. Februar 2011 verhinderten vielfältige Aktivitäten den größten Naziaufmarsch Europas in Dresden. Nun sollen NazigegnerInnen aus Hannover kriminalisiert werden – sie erhielten Post von der „Sonderkommission 19/2„ der Polizei Dresden in denen sie als „Beschuldigte„ geführt werden. Ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Hannover verurteilt diese Kriminalisierung und ruft für 2012 erneut zur Verhinderung des Naziaufmarsches in Dresden auf.

Im Dezember erhielten NazigegnerInnen aus dem Raum Hannover Briefe der Polizei Dresden. Inhalt dieser Briefe ist gleich:

Die Angeschriebenen werden „beschuldigt„. Einen konkreten Tatvorwurf gibt es jedoch nicht. Vielmehr wird eine Situation am Vormittag des Tages beschrieben aus der es angeblich zu „Straftaten„ gekommen sein soll. Alle EmpfängerInnen haben gemeinsam, dass sie am frühen Abend auf dem Weg zu den Bussen nach Hannover waren. Hier wurden

sie durch einen Polizeikessel aufgehalten und ihre Personalien kontrolliert.

Die pauschalen Beschuldigungen weist das Mobilisierungsbündnis aus Hannover, dem linke, antifaschistische und gewerkschaftliche Organisationen, Parteien und Gruppen angehören, als unhaltbar zurück.

Eine Sprecherin dazu: „In den letzten zehn Jahren konnten NaziterroristInnen unter den Augen von Polizei und Verfassungsschutz gezielt Morde ausführen. NazigegnerInnen, die gegen faschistische Aufmärsche aktiv werden, werden verprügelt, abgehört und beschuldigt ‚Straftaten' begangen zu haben. Die Behörden und in diesem Fall die Polizei Dresden scheinen weiterhin auf dem rechten Auge blind zu sein."

Die Polizei Dresden und ihre Sonderkommission sorgten bereits kurz nach dem erfolgreichen Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch bundesweit für einen Skandal. Sie hatte fast 1 Million Handydaten von 33 0000 Menschen erhoben unter denen sich neben Demonstrierenden auch AnwältInnen, JournalistInnen, Geistliche sowie Mitglieder der Landtage und des Bundestags befanden.

Alle im Bündnis vertretenen Organisationen und Gruppen protestieren hiermit ausdrücklich gegen alle Angriffe und Kriminalisierungsversuche von NazigegnerInnen durch Staatsanwaltschaft und Polizei und fordert die sofortige Einstellung aller weiteren Ermittlungen.

Antifaschistische Aktion Hannover
www.antifa-hannover.de ■

Dresden: Anklage gegen Lothar König erhoben

Dresden. Die Repression gegen Gegnerinnen und Gegner der Anti-Naziproteste im Februar geht unvermittelt weiter. Nun wurde der bekannte Jenaer Jugendpfarrer Lothar König über die Presse darüber informiert, dass die zuständige Staatsanwaltschaft eine Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs am Amtsgericht eingereicht hat. Aus dem vom Pfarrer gesteuerten Lautsprecherwagen soll am 19. Februar „ständig gegen die Polizeibeamten gehetzt worden„ sein. Einer der möglichen Gründe für eine Anklageerhebung ist die belastende Aussage eines in dieser Woche verurteilten 19-Jährigen aus Döbeln. Dieser hatte gemeinsam mit seinem Bruder an den Protesten teilgenommen. Sein Bruder soll sich nach Steinwürfen in dem Transporter versteckt haben, um so einer Festnahme zu entgehen. König wies die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück.

Die Grünen kündigten an, einen möglichen Prozess zu beobachten und die Öffentlichkeit über das Verfahren zu informieren. Die Bundesgeschäftsführerin der Linken, Caren Lay, die ebenfalls wegen ihrer Teilnahme an den Dresdner Anti-Nazi-Protesten juristisch verfolgt wird, zeigte sich solidarisch mit König. Sie übte „scharfe Kritik„ an dessen Anklageerhebung und forderte die „Einstellung aller Gerichtsverfahren gegen friedliche Nazi-Gegner„. Der friedliche Protest gegen Nazis sei, so die Politikerin weiter, „keine Straftat, sondern ein Grundrecht„. Der Anwalt des Pfarrers soll nach eigenen Angaben lediglich eine kurze Mitteilung zum Eingang des Dokumentes ans Amtsgericht bekommen haben, obwohl in der Justiz die Regelung gilt, dass über Anklagen zunächst der Betroffene und sein rechtlicher Beistand informiert werden, damit sie die Gelegenheit für eine Stellungnahme bekommen.



Seit Anfang Februar war gegen den Jenaer Jugendpfarrer auch wegen der „Bildung einer kriminellen Vereinigung„ ermittelt worden. Das Verfahren war jedoch wenige Wochen nach einer Hausdurchsuchung durch sächsische Beamte in Jena vorläufig eingestellt worden. Den übrigen Beschuldigten werden zahlreiche Übergriffe auf Nazis in den letzten Jahren in Dresden vorgeworfen. Dazu waren bereits im April die Wohnungen von insgesamt 17 Beschuldigten in Sachsen und Brandenburg durchsucht worden.

http://www.addn.me ■

Kreative Aktion beim Vermieter der Nazikneipe „Zum Henker„

Berlin. Am 15. Dezember 2011 fand vor dem Büro der „F&M Mietgesellschaft" in Berlin Mitte eine Protestaktion gegen die Nazikneipe „Zum Henker" statt. Engagierte AntifaschistInnen forderten den Vermieter dazu auf, den Nazis den Mietvertrag zu kündigen.

Hintergrund der Aktion ist die zunehmende Verfestigung rechter Infrastruktur im Berliner Bezirk Schöneweide. Trotz vielfältiger Proteste aus der Nachbarschaft bleibt die Kneipe weiterhin geöffnet.

Die Kneipe eröffnete ihre Türen Anfang des Jahres 2009. Seitdem ist eine drastische Steigerung der Aktivitäten von Nazis im Bezirk festzustellen. So kommt es von Gästen des Lokals immer wieder zu Sachbeschädigungen gegen zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Angriffen auf Personen. Erst kürzlich griffen zwei Nazis eine Schwarze Person vor dem Einkaufszentrum am S-Bahnhof Schöneweide an und skandierten rassistische Parolen. AntifaschistInnen beobachten die Entwicklungen in Schöneweide mit Sorge. Erst vor kurzem war bekannt geworden, dass stadtbekannte Nazis in der Brückenstraße mehrere Geschäfte eröffnet haben.

Kim Schmidt, die Pressesprecherin des Bündnis „Nazis auf die Pelle rücken", kommentiert die heutige Aktion wie folgt: „Es ist völlig unverständlich, weshalb die Kneipe „Zum Henker" weiterhin besteht.

Diesem modernen SA-Sturmlokal muss ein Ende bereitet werden. Wir fordern die „F&M Mietgesellschaft" dazu auf, endlich tätig zu werden und den Vertrag zu kündigen."

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite antifa-berlin.info

PM Bündnis Nazis auf die Pelle rücken
pellesuedost@riseup.net ■

„Keine Bedienung für Nazis":

Regensburger Wirte gegen Rechts

Ende November veranstaltete die Initiative „Keine Bedienung für Nazis" eine Podiumsdiskussion zum Thema „Nazis den öffentlichen Raum nehmen". In der Initiative, die im Sommer 2010 gegründet wurde (siehe „Aktiv + Gleichberechtigt" September 2010) verpflichten sich inzwischen über 130 Gastwirte, keine Neonazis zu bedienen. Die meisten von ihnen haben auch einen entsprechenden Aufkleber an ihrem Lokal angebracht:

14. Januar 2012: Den Nazis das Trauern beibringen!

In Sachsen-Anhalt gipfeln die vielfältigen neonazistischen Aktivitäten sowie die gesamtgesellschaftlichen Ausprägungen von Rassismus und Nationalismus im jährlichen Aufmarsch von etwa 1000 Neonazis durch Magdeburg. Um den Nazis im Januar die Straße streitig zu machen rufen antifaschistische Gruppen zu Blockaden des zivilen Ungehorsams auf.

Ein jährliches Trauerspiel: Neonazis aus der ganzen Republik marschieren jammernd durch Magdeburg

Seit 1999 meldet eine sogenannte „Initiative gegen das Vergessen" den rechten Aufmarsch an. Die Neonazis versuchen ihren Geschichtsrevisionismus zu verbreiten, indem sie die Opfer des Faschismus mit den TäterInnen auf eine Ebene stellen und die Bombardierung Magdeburgs am 16.1.1945 nicht als Folge des von Deutschland entfachten Zweiten Weltkrieges benennen. Ausgeblendet wird der gesamte historische Kontext: In Wirklichkeit beendete die militärische Zerschlagung Nazideutschlands den Krieg und rettete unzähligen Menschen das Leben.

Landtagswahlen verloren, aber das Umfeld entwickelt sich prächtig

Der jährliche „Trauermarsch" ist leider nur einer von vielen Wegen, auf welchen Neonazis in Magdeburg und Sachsen-Anhalt versuchen politisches Terrain zu erkämpfen. Die NPD nahm im März 2011 an den Landtagswahlen teil und verkündete diese als „Schicksalswahl für die gesamte nationale Bewegung". Der knapp verpasste Einzug ins Parlament (mit 4,6% statt der erwarteten 7%) war ein Leberhaken für die dominierende Nazistruktur in Sachsen-Anhalt. Die innerparteilichen Folgen sind neben der hohen Verschuldung auch der personelle Austausch der gesamten Führungsebene des Landesverbandes.

Neben den neonazistischen Gruppen machen auch rechtsoffene Zusammenhänge immer häufiger auf sich aufmerksam. So beispielsweise der als gemeinnützig eingetragene Verein „Child Abuse Fight e.V.", welcher in inhaltlicher und personeller Überschneidung mit der lokalen Naziszene die Forderung nach der Todesstrafe für „Kinderschänder" auf die Straße trägt. Oder die rechte Hooligan-Gruppe „Adrenalin", die sich durch Angriffe auf linke Projekte und vermeintliche Antifaschist_innen politisch profiliert.

Auch die rassistisch motivierten Übergriffe gehören hierzulande zur hässlichen Normalität. Zwischen Januar und August 2011 dokumentierte die Mobile Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt bereits 27 Übergriffe in Sachsen-Anhalt, wobei die Dunkelziffer weit höher liegen dürfte.

Deutschland und seine Nazis

Inhaltlich ist die neonazistische Ideologie in ihrem Rassismus und Nationalismus durchaus anschlussfähig an gesamtgesellschaftliche Diskurse. … Von staatlicher Seite wird ebendieser Rassismus konsequent umgesetzt, u.a. mit der menschenunwürdigen Behandlung von Flüchtlingen, repressiven Gesetzen gegen Nicht-Deutsche und racial profiling bei Polizeikontrollen. Patriotismus, Nationalismus und die Identifikation mit dem nationalen Kollektiv Deutschland gedeihen unter fleißiger Pflege von Parteien und Zivilgesellschaft. Unter anderem führte dies bei der WM 2010 auch in Magdeburg zu nationalistischen Ausschreitungen deutscher Fußballfans.



Let's block them hard!

Wir als Antifaschisten und Antifaschistinnen wollen den Aufmarsch effektiv stören und wenn möglich verhindern. Unsere Mittel sind Blockaden des zivilen Ungehorsams, auf welchen wir uns mit möglichst vielen Beteiligten den Neonazis entschlossen entgegenstellen werden.

Im vergangenen Jahr konnte die Aufmarsch-Route an mehreren Stellen kurzzeitig blockiert werden. Die Erfahrungen aus Städten wie Dresden und Leipzig zeigen, dass es mit mehr Menschen durchaus machbar ist, Naziaufmärsche erfolgreich zu verhindern. Von unseren Blockaden am 14. Januar soll keine Eskalation ausgehen.

Unsere Solidarität gilt all jenen, die an diesem Tag mit uns oder auf anderen Wegen versuchen, den Naziaufmarsch zu verhindern. Von stationären Protestmeilen, Bratwurst-Antifaschismus und Bühnenprogrammen mit Polizeiorchestern halten wir dagegen rein gar nichts.

Den Nazis das Trauern beibringen!

Wir werden frühzeitig Informationen zu den Blockadetreffpunkten, der Infostruktur am 14. Januar sowie allen weiteren relevanten Punkten auf der Seite blockierenmd.tk veröffentlichen.

Informiert euch, organisiert eine gemeinsame Anreise und unterstützt uns bei den Blockaden des Naziaufmarsches am 14. Januar 2012.

Fortsetzung von Seite 5

Rassisten werden hier nicht bedient. Einer der Initiatoren, Ludwig Simek, sieht in der Initiative auch eine Art Prävention. Gegenüber dpa erklärte er: „Uns geht es in erster Linie um ein Zeichen." Die Neonazis müssten spüren, dass es Widerstand aus der Bevölkerung gibt. Seit Gründung der Initiative hätten sich immer mehr Neonazis aus Regensburg zurückgezogen. Simek: „Es macht ja keinen Spaß, sich irgendwo im letzten Loch zu treffen." Für die rechte Szene sei es wichtig, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Deshalb sei die Initiative ein Weg, die Rechten aus dem öffentlichen Raum heraus zu drängen. Dass ihnen dadurch ein Geschäft entgeht, glauben die beteiligten Wirte nicht. Sie sehen in dem Engagement eher einen Werbeeffekt.

„Aktiv + Gleichberechtigt" Dezember 2011/ Januar 2012 ■

Versuchte Mordanschläge gegen Kurden

In den letzte Zeit häufen sich die Angriffe und Mordversuchen an politisch aktiven Kurdinnen und Kurden. So wurde in der Silvesternacht das Haus einer kurdischen Familie im hessischen Lichtenau angezündet und das Kürzel der faschistischen Partei MHP an die Wand gesprüht. In Wien kam es zu einem Messerangriff auf zwei Frauen nachdem diese einen kurdischen Verein verlassen hatten.

Eine 19jährige trug eine Schnittwunde am Hals, so wie eine Stichwunde im Bauch davon und musste notoperiert werden. Kurze Zeit darauf wurde eine weitere Frau zusammengeschlagen als diese den Verein verließ.

Ebenfalls in Wien wurde ein 19jähriger nach einem Barbesuch aufgrund seiner Kurdistan-Halskette angegriffen. Schon Mitte Dezember hatten vermutlich türkische Rechtsextremisten einen Brandsatz auf den kurdischen Verein in Berlin geworfen, einige Wochen zuvor, nach einer Antifa-Demo am 26.November wurde ein Kurde in Berlin von Anhängern der „Grauen Wölfe" mit einem Messer angegriffen.

Für uns gilt: Egal ob Bozkurt oder NPD: Schulter an Schulter gegen FaschistInnen.

Indymedia ■

Skandal an Heiligabend: Polizei ermöglichte NS-Demonstration in Bielefeld

Am 24. Dezember 2011 ermöglichten über 600 Polizistinnen und Polizisten unter dem Protest von 6.700 Menschen eine Neonazi-Demonstration mit 70 Teilnehmenden rund um den Ostbahnhof in Bielefeld.

Zwei Stunden braune Propaganda

Rund zwei Stunden konnten die Neonazis aus Wolfsburg, Verden, Radevormwald, Düsseldorf, Dortmund, Hamm, Bückeburg, Minden, Bielefeld, Bad Salzuflen, Leopoldshöhe, Lage, Detmold und Ahlen unter massivem Polizeischutz von 12.20 Uhr bis 14.15 Uhr demonstrieren, um „ein Zeichen gegen Repression, ein Zeichen für Freiheit" zu setzen und Botschaften „an die Gesellschaft, die wir ablehnen und an die Kameraden in Haft" zu senden.

„Alles für Volk, Rasse und Nation" war dabei die bestimmende Parole der neonazistischen Zusammenrottung. Aber auch „BRD heißt Kapitulation – Ruhm und Ehre der deutschen Nation" sowie „Kriminelle Ausländer raus! Kriminelle Ausländer raus! Und der Rest: auch!" grölte „der nationale Widerstand".

„Bielefeld stellt sich quer"

Ein breites Bündnis aus Parteien, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Gewerkschaften und religiösen Gemeinden hatte unter dem Motto „Bielefeld stellt sich quer" zur Blockade der Zusammenrottung aufgerufen. Doch trotz dieser umfangreichen Gegenproteste durfte sich der Demonstrationszug, der unter dem Motto „Der Repression entgegentreten – AJZ dicht machen!" stand, bis in Sichtweite zu seinem Ziel, dem nahe gelegenen AJZ, bewegen, um von dort aus wieder zurück zum Ostbahnhof zu gehen und dort den Aufzug zu beenden.

Neonazis griffen Beobachter an

Denn im Gegensatz zu den Protesten am 6. August 2011 am Bielefelder Hauptbahnhof gelang es diesmal nicht, die Route zu blockieren: die Polizei hatte bereits Stunden im Vorfeld den Bereich um den Ostbahnhof und die Heeper Straße, in dem die Neonazis sich aufhielten, gesperrt. Dennoch schafften es einige Protestierende bis an die Strecke zu gelangen. Dabei kam es zu vereinzelten Stein- und Flaschenwürfen. Im Verlauf dieser Tumulte griffen mehrere Neonazis aus der Demonstration heraus, vorne weg der 31-jahrige Peter Hallmann aus Leopoldshöhe, einen Beobachter an.

Polizei „übersah" Straftaten

„Von Seiten der Polizei wurden keine Verstöße der Rechten gegen die Veranstaltungsauflagen registriert", hieß es wahrheitswidrig in der anschließenden Mitteilung des Polizeipräsidium Bielefeld. Trotz der durch Bilder und Videos auch im Internet dokumentierten Attacke, auf denen Hallmann als Täter zweifelsfrei identifiziert ist, brach die Polizei die Demonstration dennoch nicht ab, sondern führte ihn und die anderen Neonazis, darunter auch Anmelder und Versammlungsleiter Sven Skoda sowie „Sanitäter" Daniel Bake aus Ahlen, unbehelligt in die Demonstration zurück, die unter Polizeischutz einfach fortgesetzt wurde.



Nach Angriff: Auftritt als Redner

Als besonders grotesk ist in diesem Zusammenhang zu sehen, dass die polizeiliche Einsatzleitung im weiteren Verlauf des Aufzuges Peter Hallmann und Sven Skoda auch noch als Redner duldete. Es verdichten sich die Indizien, dass die Bielefelder Polizeiführung seit geraumer Zeit darauf festgelegt war, die demonstrative NS-Aktion an Heiligabend – unter beinahe allen Umständen – gewähren zu lassen. Die Hintergründe müssen nun aufgeklärt werden.

www.hiergeblieben.de ■

Polizei setzt rechten Aufmarsch in Köln durch – dennoch ein Reinfall für die Neonazis

Am Samstag, 10.12.2011, versuchten 600 Demonstranten den Aufmarsch von fünfzig Neonazis in Köln-Kalk zu verhindern. Die Neonazis um Axel Reitz durften gegen „Polizeirepression und Medienhetze" marschieren. Und das ausgerechnet in einem Viertel, das migrantisch und alternativ geprägt ist und bereits im November von Pro Köln/Pro NRW heimgesucht wurde. Motiviert von den gelungenen Blockaden gegen Pro Köln/ Pro NRW taten erneut rund 600 Antifaschisten und Antifaschistinnen, darunter viele Kalker Anwohner, lautstark und entschlossen ihren Protest gegen die Provokation kund. Die Polizei riegelte die Route der Neonazis jedoch hermetisch ab und sorgte mit unverhältnismäßig hartem Vorgehen dafür, dass neonazistische Propaganda auf die Straße getragen wurde. So wurde stellenweise gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten, die an den Absperrungen ihren Unmut den Neonazis entgegenschrien, mit Pfefferspray und Schlagstöcken vorgangen.

Doch trotz des staatlichen Schutzes des Aufmarschs erlebten die Neonazis einen klaren Misserfolg. Auch wenn im Internet und auf der Straße mobilisiert wurde – Plakate, die für die rechte Demonstration warben, wurden auch in Kalk geklebt –, folgten gerade einmal ca. 50 Teilnehmende dem Ruf von Axel Reitz und Konsorten. Darunter Neonazis aus Köln, Leverkusen, dem AB Mittelrhein (Raum Ahrweiler und Koblenz) sowie militante Schläger aus Wuppertal-Vohwinkel. Weil sich einige der zunächst aufgestellten Ordner in Zukunft in Strafverfahren verantworten müssen, dauerte es einige Zeit, bis neue Ordner gefunden waren. Somit konnte der Aufmarsch nur verspätet beginnen.

In einer Rede distanzierte sich der Vorturner der Kölner Kameradschaft, Axel Reitz, zwar scheinheilig von „kriminellen Elementen" wie dem rechtsterroristischen „Nationalsoziolistischen Untergrund" (NSU); de facto pflegt er aber gute Kontakte zu genau diesem Milieu und hat in der Vergangenheit selber gerne davon geredet, alle Demokraten aufzuhängen.

Wie sich jetzt herausstellt hat, gehörte der Thüringer Thomas Gerlach zu den Schlüsselfiguren des Helfernetzwerks im Umfeld des NSU und war Organisationsleiter des Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS). In eben dieser Organisation

gab Axel Reitz als „Mitglied der Organisationsleitung“ den Ton an.

Neue Zeugenaussagen – laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung – bestätigen den Verdacht, dass die Zwickauer Terrorzelle NSU im Westen Unterstützer hatte – u.a. erklärt der Zeuge, mit Mundlos, Bönhardt und Zschäpe Örtlichkeiten für einen Mord im Westen ausspioniert zu haben.

Seiner Darstellung zufolge war das Trio aus dem Osten bei der harten extrem rechten Szene im Westen bekannt. Zu diesen Bekannten gehörte auf jeden Fall auch Axel Reitz. Wieviel er tatsächlich von den Morden wusste oder ob er auch aktiv eingebunden war, wird noch zu klären sein. Die Ideologie der teilnehmenden Neonazis am heutigen Aufmarsch deckt sich jedenfalls voll und ganz mit der des NSU.

„Widerstand gegen die rassistische Hetze ist daher nicht nur legitim, sondern notwendig“, so Thorsten Marten, Sprecher der Antifaschistischen Koordination Köln und Umland (A.K.K.U.). „Auch am 28. Januar 2012, wenn die Rechten von pro Köln erneut in Kalk aufmarschieren, werden wir wieder auf die Straße gehen.“

A.K.K.U. am 10. Dezember 2011

Kalk macht Dicht 2.0

No way! Den Rassisten-Marsch von Pro Köln erneut verhindern

Für den 28. Januar hat die extrem rechte „Bürgerbewegung“ Pro Köln einen erneuten Aufmarsch in Köln-Kalk angekündigt. Zum dritten Mal innerhalb von nur 10 Wochen ist damit der multikulturelle Stadtteil Demonstrationsziel von Rassisten und Faschisten. Ein kurzer Rückblick:

Bereits am 19. November versuchte Pro Köln die Bevölkerung in Kalk rassistisch aufzuhetzen, indem man gegen „Linksextreme und Kriminelle mit Migrationshintergrund“ wetterte, die angeblich den Stadtteil terrorisieren. An diesem Tag hatte sich ein breites Netzwerk aus verschieden lokalen Gruppen und Initiativen unter dem gemeinsamen Motto „Kalk macht Dicht“ erfolgreich gegen die rechte Propaganda gestellt und deutlich gezeigt, dass Pro Köln im Stadtteil unerwünscht ist.

Am 10. Dezember waren es Neonazis aus dem Umfeld des Kölner Neonazi-Anführers Axel Reitz, die eine Demonstration unter starkem Protest der Bürger und Bürgerinnen in Kalk und Humboldt-Gremberg abhielten.

Axel Reitz soll laut einem Bericht des WDR Kontakte zur rechten Terrorzelle des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) gepflegt haben, von denen unter anderem der Nagelbombenanschlag in der Köln-Mülheimer Keupstraße verübt wurde. Anmelder dieser Demonstration war René Emmerich aus Köln, der noch bei der Kommunalwahl 2009 für Pro Köln antrat. Hier schließt sich wiederum der Kreis zwischen der vermeintlichen „Bürgerbewegung“ und militanten Neonazis.



Naziaufmarsch in Kalk Foto: K. Richert

Die Ankündigung von Pro Köln zu demonstrieren, „damit Köln auch zukünftig eine liberale, weltoffene und pluralistische Metropole bleibt“, ist eine Farce angesichts solcher personeller Verflechtungen und sich immer wiederholender Kampagnen seitens Pro Köln gegen Moscheen, MigrantInnen, Homosexuelle und all jene, die nicht in ihr menschenfeindliches Weltbild passen.

Wir werden es auch am 28. Januar nicht zulassen, dass RassistInnen in Kalk aufmarschieren können. Wie im November rufen wir dazu auf Kalk dichtzumachen. Kommt deshalb ab 9 Uhr auf die Kalker Hauptstraße, um für ein solidarisches Zusammenleben in Kalk und gegen Rassismus ein Zeichen zu setzen. Sie werden auch diesmal nicht durchkommen!

Antifaschistischen Koordination Köln & Umland (AKKU)
http://www.antifa-koeln.net ■

Petition: Auflösung des Thüringer Verfassungsschutzes

Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Jena

Wir fordern:

- die lückenlose Aufklärung und öffentliche Aufarbeitung der Rolle des Verfassungsschutzes in den Neonazistrukturen
- die Bildung eines Bürgerkomitee zur Auflösung des Verfassungsschutzes
- ein Ende der Kriminalisierung antifaschistischer Arbeit

Begründung:

Die entscheidende Spur der Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ führt zurück in die Zeit Ende der 90er Jahre. Es ist eine Zeit, in der ein sozialdemokratischer Innenminister eine Antinazi-Bündnisdemonstration in Saalfeld verbietet und der Verfassungsschutz in seinen Monatsberichten Neo-Nazis verharmlost, aber Gewerkschafter, Linke und Antifaschistische Gruppen diffamiert. Die zentralen Organisationen der extremen Rechten: der Thüringer Heimatschutz, Blood&Honour und die NPD blühen in dieser Zeit auf, geführt durch hoch bezahlte V-Leute des Verfassungsschutzes. In diesem Klima agierten die Personen, die heute dem NSU zugeordnet werden und die für mindestens 10 Morde verantwortlich gemacht werden. Ihr Untertauchen, ihre weiter bestehenden Kontakte zu den V-Leuten und die nicht durchgeführten Zugriffe sind Anlass genug für uns, der offiziellen Version von einer unentdeckten Gruppe kein Wort zu glauben. Seit vielen Jahren stellen sich zivilgesellschaftliche und antifaschistische Gruppen dem Neo-Nazismus entgegen und werden dafür kriminalisiert. Noch immer laufen hunderte Straf- und Ermittlungsverfahren wegen der Anti-Nazi Blockaden im Februar 2011 in Dresden.

Die Petition hat eine Laufzeit vorerst bis zum 31. Januar 2012 und wird auf Bedarf verlängert. Sie richtet sich an verschiedene Institutionen des Landes Thüringen (Ministerien und Parteien) und wird für die Öffentlichkeitsarbeit verwendet.

Bisher 180 MitzeichnerInnen

Petition unterstützen:

http://www.jenapolis.de/petitionen/petition/show/50

Der Verfassungsschutz hat eine braune Geschichte

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen rief am Montag, den 19. Dezember, zu einer Kundgebung und Mahnwache vor dem Landesamt für Verfassungsschutz auf. Sie stand unter dem Motto „Naziförderung beenden, V-Leute abschalten, NPD verbieten!"

Mit dieser Aktion will die VVN-BdA auf die besonders dubiose Rolle des baden-württembergischen Verfassungsschutzes in die gewalttätige Neonaziszene und die Verbrechen der Terrorgruppe „NSU" hinweisen.

Der baden-württembergische Verfassungsschutz verhindere auch die Neuaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens, weil er sich weigert, seine zahlreichen V-Leute in dieser Partei abzuziehen, wie es das Bundesverfassungsgericht als Voraussetzung für ein neues Verfahren verlangt hat. Mehr noch, er hält die NPD buchstäblich am Leben: „Wenn ich all meine verdeckten Ermittler aus den Gremien der NPD abziehen würde, dann würde die NPD in sich zusammenfallen", erklärte Innenminister Rech im Februar 2009. Aber abgeschaltet wurden die V-Leute nicht.

Kein einziger der in den letzten Jahren bekannt gewordenen Nazimorde, Anschläge oder Versuche dazu wurde von diesen V-Leuten oder dem Verfassungsschutz als Ganzes aufgedeckt oder gar verhindert. Der Verfassungsschutz stellt sich immer mehr als eine unkontrollierbare Gefahr für die Demokratie heraus.

Janka Kluge, Landessprecherin der VVN-BdA hielt eine Rede, die wir im Folgenden dokumentieren.

Ausgerechnet die „Bild am Sonntag" von gestern meldete gestern, dass der Thüringer Verfassungsschutz im Jahr 1999 zweitausend D-Mark direkt an das Terror-Trio aus Zwickau gezahlt haben soll. In einer Pressemitteilung bestätigte der Verfassungsschutz gestern Nachmittag diese Meldung. Das Geld sollte Tino Brand, von dem sie schon damals wussten, dass er Kontakt zu den untergetauchten Nazis hatte, übergeben. Tino Brand, der Gründer des „Thüringer Heimatschutz", stand ebenfalls auf der Gehaltliste des Verfassungsschutzes.

In der Öffentlichkeit wird nach außen so getan, als ob die V-Leute in der Nazi-Szene eingeschleuste Beamten seien, die die kriminellen Machenschaften der Nazis überwachen. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist inzwischen hinlänglich bekannt, dass die Nazis von der NPD und den Freien Kameradschaften viele Aktionen ohne die staatliche Förderung gar nicht hätten machen können

Der V-Mann als Instrument – das hat Tradition

Der hessische Verfassungsschützer Hans Joachim Schwagerl wollte den Verfassungsschutz eigentlich aus der Schmuddelecke rausführen. Er gründete dafür sogar das „Amt Positiver Verfassungsschutz" im hessischen Innenministerium. In seinem 1968 erschienenen Buch „Handbuch für Theorie und Praxis" schrieb er: „Die Führung der V-Leute erfolgt nicht nur nach dem Prinzip der laufenden Erkenntnisgewinnung aus dem Objekt, sondern kann vorübergehend zu einem aktiven Einsatz führen, um durch die Stimme oder Meinung des V-Manns die Beschlüsse eines verfassungsfeindlichen Gremiums in einem dem Auftraggeber gewünschten Sinne zu beeinflussen (…) Dieses sog. ‚Hochspielen' eines V-Manns gehört zur ‚hohen Schule' der V-Mann-Führung."

Verfassungsschützer mit national sozialistischer Vergangenheit

Hubert Schrübbers war zu diesem Zeitpunkt sein oberster Dienstherr. Als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz führte er einen „politischen Krieg" gegen den Kommunismus. In einer Broschüre mit dem Titel „Verfassungsschutz" führte er aus: „Ständige Verleumdungen – auch mit gefälschten Dokumenten – und Diffamierung als Imperialisten, Revanchisten und Militaristen, die nach Atomwaffen streben, Zersetzung der Bundeswehr, Verdächtigung der Sicherheitsorgane und ständige Diffamierung führender Persönlichkeiten sind die hierfür eingesetzten Mittel. Gleichzeitig unternehmen sie unablässig Versuche, die Bevölkerung in ihrem Sinn zu beeinflussen, vor allem die Arbeiter, um die erforderliche Massenbasis für politische Aktionen zu gewinnen. Jeder innenpolitische Konflikt wie Streiks, Meinungsverschiedenheiten über Notstandsgesetze, der Vietnamkrieg, Abrüstungsfragen usw. sind willkommene Gelegenheiten zur Agitation, um eine Kluft zwischen Regierung und Bevölkerung aufzureißen." Bei soviel Angst vor einer kommunistischen Revolution lohnt es sich die Biographie von Schrübbers etwas genauer anzuschauen. Der „Spiegel" berichtete 1966: „Hubert Schrübbers – Jahrgang 1907 – war bei seiner Berufung Generalstaatsanwalt in Düsseldorf und hatte zuvor als Bundesanwalt politische Straftaten verfolgt. Sein Amt – ausgestattet mit einem 20-Millionen-Etat und rund 900 Köpfen Personal – ist eine

INPUT – antifaschistische Themenabende in Düsseldorf

Montag, 16. Januar 2012, 20.00 Uhr, Kulturzentrum ZAKK, Fichtenstr. 40, Düsseldorf (http://www.zakk.de)

„Kein 10. Opfer!"?

„Nationalsozialistischer Untergrund", Rechtsterror und die Rolle des Staates

Veranstalter: Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf, Antirassistisches Bildungsforum Rheinland und AG INPUT

In Kooperation mit dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der FH Düsseldorf, dem zakk, dem Buchladen BiBaBuZe und der Antifaschistischen Linken Düsseldorf

Die ReferentInnen sind MitarbeiterInnen des apabiz (www.apabiz.de) und haben diesen Vortrag in Kooperation mit anderen antifaschistischen Projekten erarbeitet.

Diese Veranstaltung findet **auch am 17. Januar in Dortmund** statt, veranstaltet vom Dortmunder Antifa-Bündnis (DAB) in Kooperation mit dem Forum gegen Rassismus (Campus Dortmund) u.a.. Nähere Infos demnächst auf http://dab.nadir.org/ und http://fgr.blogsport.de/)

Mittwoch, 25. Januar 2012, 19.30 Uhr, Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Rechtspopulismus in Skandinavien

Rückblick und Bestandsaufnahme sechs Monate nach dem Massenmord in Norwegen

Veranstalter: Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf, Antirassistisches Bildungsforum Rheinland und AG INPUT

Der Referent, Torben Johannsen, ist Auslandskorrespondent für Skandinavien des Antifaschistischen Infoblattes (aib) und lebt in Dänemark. Der Vortrag wird in deutscher Sprache gehalten.

Diese Veranstaltung findet **auch am 23. Januar in Köln (19.30 Uhr, Bürgerhaus Kalk**, Kalk-Mülheimer Str. 58, http://www.jc-courage.de/), **am 24. Januar in Koblenz** (19.30 Uhr, Circus Maximus, Stegemannstr. 30, www.antifa-koblenz.net) **und am 26. Januar in Münster** (19:00 Uhr, Club Courage, Friedensstr. 42, www.bildungsinitiative.blogsport.de) statt.

Veranstalter: Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland

http://www.linkes-zentrum.de/gruppen/input



'bundeseigene Verwaltung'. Die Länder haben eigene Ämter oder Dienststellen zur 'Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen' zum Schutze der Verfassung. Der Truppenvertrag mit den Alliierten verpflichtet den Verfassungsschutz zur „Zusammenarbeit mit alliierten Sicherheitsorganen." Was der „Spiegel" nicht berichtete, war dass Schrübbers bereits im Dritten Reich Staatsanwalt und insbesondere mit der Verfolgung von Widerstandskämpfern beschäftigt war. 1972 musste er wegen seiner Verstrickung in die NS-Justiz vorzeitig in den Ruhestand gehen. Vielleicht lag dieses Verschweigen an einem anderen Autor der Broschüre über den Verfassungsschutz. Der Journalist Hans Detlev Becker hat ebenfalls einen Beitrag für die Broschüre beigesteuert. Vor 1945 war er Funktionär der Hitler-Jugend und Angehöriger der Militärspionage. Nach 1945 wurde er Chefredakteur des „Spiegel" und ab 1961 Generalbevollmächtigter des Spiegel-Verlags. Er schrieb folgendes über den Kampf gegen den kommunistischen Feind: „Staatssicherheitsschutz kann Abwehrmethoden erfordern, die den Angriffsmethoden entsprechen: Wo ein mikroskopischer Punkt unter der Briefmarke schriftliche Spionage-Instruktionen enthält, können gesetzlose Postkontrollmaßnahmen angebracht sein; wo verschlüsselte Informationen über Funk und Rundfunk empfangen werden, hat der Schutz des Fernmeldegeheimnisses keinen verfassungsadäquaten Inhalt mehr; zur Bekämpfung technischer Spezialisten der Geheimkommunikation sind Spezialisten recht, mögen sie ihr beklemmendes Handwerk bei Gestapo-Chef Heinrich Müller, SD-Chef Reinhard Heydrich oder des Satans Großmutter gelernt haben."

Wenn Hans Detlev Becker noch das Amt „Fremde Heere Ost" unter Reinhard Gehlen genannt hätte, wären alle Ämter benannt, aus denen sich die neuen Geheimdienste zusammensetzten. Obwohl Reinhard Gehlen den Geheimdienst der Wehrmacht im Osten aufbaute, knüpfte er bereits 1944 Kontakte zur amerikanischen Armee. Er war davon überzeugt, dass der neue Staat, der nach dem Faschismus kommen würde ebenfalls einen Geheimdienst braucht und dass er der richtige Mann dafür war. Als die Organisation Gehlen gegründet wurde, machte Gehlen sein Versprechen gegenüber den alten Mitarbeitern wahr und beschäftigte sie nun im neuen Amt. Bereits 1951 gab es im Kanzleramt Diskussionen das „Amt Gehlen" in mehrere Ämter zu überführen. Es dauerte bis zum 1. April 1956 bis das „Amt", wie es kurz hieß, aufgelöst wurde und der BND gegründet wurde.

Verfassungsschutz als Kampfinstrument gegen den Kommunismus

Das Bundesamt für Verfassungsschutz war bereits am 27. September 1950 gegründet worden. Bereits vorher betrieb die amerikanische Armee ein inoffizielles „Amt für Verfassungsschutz", deren einzige Aufgabe die Überwachung der KPD war.

Am 14. Dezember diesen Jahres veröffentlichte die „Stuttgarter Zeitung" einen Artikel unter der Überschrift „Der Spezialist für Linke war einst ein SS-Mann". Bei Recherchen ist der Ulmer Historiker Andreas Lörcher auf Viktor Hallmayer gestoßen. Er war Mitglied der Stuttgart NSDAP-Ortsgruppe Leonhardsplatz. Er war bei der Gestapo in Stuttgart, Karlsruhe und Ulm. Nach der Besetzung von Frankreich war er in Paris bei der Gestapo. Wegen seiner Jagd auf Mitglieder der Résistance wurde er in Frankreich mit einem internationalen Haftbefehl gesucht. Lörcher stieß auf ihn, weil er kurz vor Kriegsende Hinrichtungen von Zwangsarbeitern in Ulm beaufsichtigt hat.

Ab dem 28. August 1951 arbeitet er beim Verfassungsschutz. Zuerst ist er bei der Dienststelle D 8 für „Sonderaufgaben" zuständig. Er überwacht unter anderem Veranstaltungen der KPD. Ich möchte aus der Stuttgarter Zeitung zitieren. „in der baden-württembergischen Polizei wird damals, so legen es die Dokumente nahe, die Meinung vertreten, Hallmayer habe in Paris hoheitliche Abwehraufgaben erledigt, die unbedenklich waren. Als die Opposition im baden-württembergischen Landtag einmal genau wissen will, inwieweit die Polizei mit ehemaligen Gestapo-Leuten durchsetzt ist, wird auf den Nachwuchsmangel der Nachkriegszeit verwiesen."

Es ist also nicht verwunderlich, dass für den Verfassungsschutz der Feind hauptsächlich links steht. Zwar sind die alten Gestapo-Leute längst in Rente, ihr Geist bestimmt aber weiter die Politik dieses Amtes.

Janka Kluge, VVN-BdA,
bei der Kundgebung am 19. Dezember
vor dem Verfassungsschutz ■

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes startet neue Kampagne für NPD-Verbot

Bayerische Auftaktkundgebung am 28. Januar 2012 in Regensburg

Unter dem Motto „NPD-Verbot: Jetzt aber richtig" startet die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die größte Organisation ehemaliger NS-Verfolgter und deren Angehöriger, erneut eine Unterschriften-Kampagne für das Verbot der NPD.

Der Landesverband Bayern der VVN-BdA beginnt die Unterschriftensammlung am 28. Januar 2012, 12:00 Uhr mit einer Auftakt-Kundgebung auf dem Neupfarrplatz in Regensburg.

An der Kundgebung „Die Geschichte mahnt: NPD verbieten" werden zahlreiche Mitglieder des Landsvorstands und des Landessprecherkreises der bayerischen VVN-BdA teilnehmen.

Bereits 2007 hatten 175 445 Menschen ein neues Verbotsverfahren nach Art. 21, Abs. 2 gegen die NPD gefordert. Erstunterzeichner war u. a. der Bischof von Regensburg, Gerhard Müller.

2009 haben 5405 Bundesbürger ihre persönlichen Argumente für ein NPD-Verbot auf der Kampagnenseite nonpd eingestellt.

In Anbetracht der jüngsten Entwicklung sieht die VVN-BdA mehr denn je Veranlassung, nunmehr endlich ein Verbotsverfahren durchzuführen. Ebenso nachdrücklich setzt sich die VVN-BdA für eine Abschaltung der als V-Leute tätigen und vom Verfassungsschutz bezahlten Neonazis ein.

V-Leute haben weder Umtriebe noch Verbrechen verhindert, sie noch nicht einmal aufgedeckt. Stattdessen werden Gewalttaten auch von V-Leuten gefördert. Die Honorargelder des Verfassungsschutzes fließen in Neonaziaktivitäten. Schließlich hat die Existenz der V-Leute das erste Verbotsverfahren blockiert und so zur Bestandssicherung der NPD geführt.

Das alles gebietet die sofortige Beendigung des V-Leute-Unwesens. Es bedarf keiner Informationen der V-Leute, die ohnehin nicht gerichtsverwertbar sind, um ein NPD-Verbot zu begründen. Dazu genügen die offenen Aktivitäten der NPD.

Dr. Guido Hoyer
Landesgeschäftsführer ■

Frankreich: Wirtschaftskrise und extreme Rechte

Wie der Front National versucht, von den Verwerfungserscheinungen der Krise zu profitieren

Sie ist ein echtes Kind der Krise: Die jetzige Führungsebene des Front National (FN) bildete sich in den Jahren seit dem Beginn der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise heraus, also seit 2007/08.

Die wahre strategische und intellektuelle Ausrichtung der rechtsextremen französischen Partei wird nicht so sehr durch ihre formalen Vorstandsstrukturen bestimmt, sondern durch einen relativ kleinen Kreis von Beratern ihrer Chefin Marine Le Pen. Diese wurde im Januar 2011 auf dem Parteitag in Tours zur neuen Vorsitzenden und Nachfolgerin des langjährigen Gründervaters, Jean-Marie Le Pen, gewählt. Ihre Stichwortgeber und einflussreichsten Berater rekrutierte sie jedoch in den drei vorausgegangenen Jahren. Sie kommen ursprünglich aus dem nationalrevolutionären Milieu ebenso wie aus der rechtsextremen Studentenverbindung GUD oder aus der intellektuellen, vormaligen „Neuen Rechten“.

Einer von ihnen ist ein Finanzexperte, dessen Pseudonym „Nicolas Pavillon“ lautet und der mit seinen Power Point-Präsentationen heute zahlreiche Schulungen für Funktionäre der extremen Rechten leitet. Im September 2007 – als die Finanzkrise zumindest auf dieser Seite des Atlantik noch scheinbar weit weg schien – überzeugte er Marine Le Pen davon, dass das Bankensystem zum Zusammenbruch bestimmt sei und starke wirtschaftliche Verwerfungen bevorstünden.

Zugleich konnte er ihr die Vorstellung, der FN solle auf Bündnisse und eventuell auch Regierungskoalitionen mit konservativen Kräften hinarbeiten, ausreden: Es sei nicht der Moment. Und die extreme Rechte könne auf viel bessere Strategien setzen, als die Auswirkungen der Krise zu verwalten, um sich dabei zusammen mit anderen politischen Kräften zu diskreditieren. Vielmehr müsse Abstand zur bürgerlichen Kräften gewahrt werden, bis der Partei ein viel größerer Durchbruch geglückt sei. Bis dahin hatte Marine Le Pen, im Gegensatz zu ihrem Vater, Regierungsbündnisse mit bürgerlichen Rechten wie damals in Italien oder neuerdings in den Niederlanden nicht ausschließen wollen. Doch diese Idee ist vorerst passé.

Sei es ein geschichtlicher Zufallstreffer oder echten Kenntnissen und Analysen geschuldet: „Nicolas Pavillon“ sagte in Kreisen der extremen Rechten die Wirtschaftskrise bevor, als andere sich noch in einer ökonomischen Schönwetterperiode wähnten. Dadurch wurde er in seinem politischen Milieu fast schon zu einem Propheten. Heute haben sich im Übrigen die Marine Le Pen umgebenden Führungskader – die ansonsten weitaus mehr ideologisches Gepäck aus der Geschichte der extremen Rechten denn etwaige Wirtschaftskenntnisse mitbringen – großenteils in einer freudigen Krisenerwartung eingerichtet. Insbesondere fiebern sie einem Zusammenbruch der Einheitswährung Euro, den sie für die kommenden Monate voraussagen, entgegen.

Eine solche Abkehr vom Euro würde in ihren Augen alle „Warnungen“ und Prognosen der extremen Rechten vor dem „supranationalen europäischen Einheitsgebilde“ bestätigen. Den aktuell verbreiteten FN-Vorstellungen zufolge könnte der Euro eventuell noch als Zweitwährung neben wieder eingeführten Nationalwährungen, und als fakultatives Zahlungsmittel im transnationalen Verkehr, fortexistieren.

Aufgrund der Ausrichtung auf eine Erwartung weiterer Zuspitzungen der Krise führt der FN, jedenfalls vordergründig, in starkem Ausmaß wirtschafts- und sozialpolitische Themen im Munde. Dabei setzt er vor allem auf das Konzept des Protektionismus und die Vorstellung, „wieder errichtete Grenzen“ sowie Schutzzölle sollten Arbeitsplätze am „Abwandern“ hindern.

Nicht gar so neu

Gar so neu, wie sowohl die extreme Rechte als auch – scheinbar überrascht – viele Beobachter in den bürgerlichen Medien tun, ist diese Ausrichtung der Partei allerdings nicht. Denn den **tournant social**, also ungefähr die „Wendung zum Sozialen“, vollzog die rechtsextremen Partei erstmals in den Jahren von 1990 bis 92. Damals erklärten seine Intellektuellen dem FN, es sei hoffnungslos überholt, zu versuchen, in einer Frontstellung „freies Abendland gegen Kommunismus“ als besonders konsequente Antimarxisten zu erscheinen. Vielmehr müsse man nach dem „Tod des Kommunismus“ den frei gewordenen Platz als Fundamentalopposition besetzen. Im April 1990 stand daraufhin erstmals ein Kongress des FN unter dem Leitmotto „Soziales und Ökologie“. Doch die soziale Basis der Partei blieb in der Realität überwiegend kleinbürgerlich und mittelständisch geprägt. Bevor sie in mehreren Schüben und mit Unterbrechungen die stark „sozial“ ausgerichtete Programmatik wirklich aufnahm, dauerte es Jahre. Nach der Parteispaltung 1998/99 geriet die Kampagne sogar in Vergessenheit.

Unter der neuen Führung von Marine Le Pen knüpft der FN erst jetzt wieder verstärkt daran an. Einzig neu daran ist, dass ihre Berater im Unterschied zu den Vorreitern der neunziger Jahre beispielsweise alle antisemitischen oder offen faschistischen Spitzen von ihren Konzepten abschneiden. Als der FN vor 15 Jahren seinen wirtschaftspolitischen und sonstigen Diskurs stark gegen die Globalisierung – als Bedrohung für Nationalstaaten und Arbeitsplätze – auszurichten begann, bezeichnete man sie unter der Vokabel **mondialisme** (ungefähr: Globalismus, Eine-Welt-Ideologie). Die Endung auf -ismus machte erkennbar, dass man das Übel für eine Ideologie hielt. Und wenn diese beschrieben wurde, sprachen FN-Kader erkennbar entweder von jüdisch-freimaurerischer Weltverschwörung oder vom Wirken „antinationaler Lobbies mit Menschenrechtsfetischismus und verblendetem Menschenbild“. Das ist heute anders. Jeglicher erkennbare Antisemitismus wird unter Marine Le Pen im Übrigen verbannt.

Auf eigene Beschreibungen der Gründe des Übels, das nun eher auf den neutraleren Begriff **mondialisation** (Globalisierung) gebracht wird, verzichtet die extreme Rechte vorläufig sogar weitgehend. Sie belässt es vielmehr dabei, keynesianische, marxistische oder globalisierungskritische Analysen, die den deregulierten Kapitalismus auf planetarer Ebene auf die eine oder andere Weise darzustellen versuchen, einfach zu übernehmen.

Auf sie werden einzelne eigene Begriffe aufgepropft, und fertig ist die scheinbare Argumentation.

In den letzten 25 Jahren hat die extreme Rechte mal Wähler und Publikum von der konservativen Rechten, mal auch von der sozialdemokratischen und auch parteikommunistischen Linken übernommen – je nachdem, welche etablierte politische Kraft gerade regierte, sich diskreditiert und abgenutzt hatte. Aber ihr großes Ziel, das darin bestand, beide Wählerströme gleichzeitig zu ihren Gunsten vereinigen zu können, hat sie bislang nicht verwirklichen können. Mal dominierte das eine, und mal das andere Phänomen. Heute versucht die Partei unter Marine Le Pen, die Kombination zu schaffen.

Wähler von der Rechten ...

Um Wähler von der regierenden Rechten abzuschürfen, setzt die Parteiführung vorwiegend auf einen Wettbewerb mit der Regierungspartei UMP um die schärferen Angebote zu Law and Order sowie „Einwanderungsbegrenzung“. Beide Seiten nehmen an diesem Wettbewerb teil, wobei die Konservativen einerseits Wähler vom Abwandern zum FN abhalten möchten, diesen andererseits aber umso stärker als „normale Partei“ legitimieren. Am 17. Dezember erklärte etwa Innenminister Claude Guéant in einem Radiointerview: „Auch ich denke, dass zu viele Ausländer legal hier einreisen.“ Dieses „auch ich“ bezog sich dezidiert auf Äußerungen Marine Le Pens, denn nach deren Positionen hatten die Rundfunkjournalisten den Minister befragt.

...und den Linksparteien abgraben

Und mit der etablierten Linken trat der FN in den, mindestens rhetorischen, Wettbewerb um Krisenrezepte. Denn beispielsweise die linkssozialdemokratischen Kräfte setzen, um die Auswirkungen der Krise aufzufangen und die Aushöhlung sozialer Rechte oder ökologischer Schutzinteressen zu bremsen, auf „Regulierung“ durch Formen von Protektionismus. Also auf politische, staatliche Eingriffe in den freien Waren- und Kapitalverkehr, um etwa soziale und ökologische Mindestbedingungen durchzusetzen. Dies kann in konkreten Punkten äußerst sinnvoll sein. Wenn Autos zuerst in mehreren weit auseinander liegenden Länder montiert und danach millionenfach zwischen Asien, Europa und Nordamerika hin- und hergeschifft, wenn zum Verzehr bestimmte Tiere zum Schlachten kreuz und quer durch Europa gekarrt werden, dann jagt das Kapital nach den jeweils billigsten Lohn- und Betriebskosten. Doch es ist unter anderem auch ökologischer Wahnsinn, ob im Hinblick auf Treibstoff- und Ressourcenverbrauch, auf den Tierschutz oder die Fleischqualität. Gleichzeitig ist der Protektionismus im globalen Kapitalismus auch ein Rezept, mit dem nationale Kapitalfraktionen sich selbst vor den Auswirkungen der Krise zu schützen und diese beim Nachbarn abzuladen versuchen. Deswegen vermag der Protektionismus eine kapitalistische Verwertungskrise selten einzudämmen, sondern lediglich ihre Effekte unter den verschiedenen potenziellen Verlierern zu verteilen.

Diese grundlegende Ambivalenz von Protektionismus greift auch die extreme Rechte auf – vor allem aber strebt sie danach, von dem ideologischen Widerschein zu profitieren, den er hinterlässt oder der ihn begleitet. Denn im Einzelnen übernimmt die extreme Rechte oft konkrete Vorschläge, wie etwa denen eine „Verkürzung der Wege zwischen Produktion und Verbrauch“ – beim FN heißt das dann **relocalisation**, als Gegenstück zur **délocalisation** (Auslagerung von Produktion) –, die oft nicht von ihr entwickelt wurden und in einzelnen Ausprägungen durchaus sinnvoll sein können. Nur interessiert die extreme Rechte dabei vor allem der ideologische Botschaft, die darin bestehen soll, dass es generell besser sei, in der Nation oder in Europa „unter sich zu bleiben“ und für seine eigenen Interessen zuerst zu sorgen. Und kaum dass man sich versieht, wird das vermeintliche Patentrezept dann auch auf die „Durchmischung“ menschlicher Gesellschaften und besonders auf die Anwesenheit von Einwanderern übertragen.

In den letzten Monaten wurde dieses Spiel der extremen Rechten mit Konzepten, die auf den ersten Blick unverfänglich wirken und im zweiten Hinsehen ihre ideologische Symbolik voll entfalten, an einem Wort aufgehängt. Im November 2010 hatte der sozialdemokratische französische Politiker Arnaud Montebourg seine Vorschläge für eine bessere soziale und ökologische Regulierung der Wirtschaftsströme, verbunden mit der Idee einer stärkeren Demokratisierung auf lokaler Ebene, auf den plakativen Begriff **démondialisation** gebracht. Also, sinngemäß, „Entglobalisierung“ oder Ausstieg aus der Globalisierung. Im Unterschied zur extremen Rechten hat dies bei Montebourg – der selbst ebenso französische wie algerische Vorfahren hat – keinerlei rassistische Implikationen, im Bezug auf die Anwesenheit von Menschen. Am 13. Mai 2011 griff Marine Le Pen dann bei einer Pressekonferenz diesen Begriff der démondialisation auf und machte ihn sich plötzlich zu eigen. Bei ihr ging es allerdings sowohl um Wirtschaft, verknüpft mit der Vorstellung eines europäischen Protektionismus, oder einer Art eurasischen Autarkie im Verbund mit dem Rohstoffreichtum Russlands, als auch um „Ausländer“ und Einwanderungsstopp.

Doch die Geschichte ging noch weiter. Im Oktober bewarb Montebourg sich, mit seinen schon zuvor entwickelten Konzepten, bei der „Urwahl“ der Sympathisanten der Linksparteien um die Präsidentschaftskandidatur de französischen Sozialdemokratie. Er endete auf dem dritten Platz und erhielt 17 Prozent der abgegeben Stimmen. Marine Le Pen, aber auch der außerparlamentarische rechtsextreme Bloc identitaire – letzterer interessiert sich sonst eher wenig für „soziale Fragen“ – beglückwünschten ihn lautstark zu seinem Erfolg. Und die extreme Rechte tat in der Öffentlichkeit so, als handele es sich um einen Erfolg ihrer eigenen Ideen. Aber auch Montebourg, ein gewiefter Politiker und Anwalt, spielte mit dieser Doppeldeutigkeit. In einem Interview mit der Tageszeitung Libération (vgl. http://www.liberation.fr/politiques/01012364935-a-aubry-et-hollande-de-prendre-leurs-responsabilites) erklärte er im Oktober – unmittelbar nach dem ersten Durchgang der sozialdemokratischen „Urwahl“ vom 9. Oktober 2011 – ihm sei es gelungen, bislang durch die Sozialdemokratie unerschlossene Wählerpotenziale zu nutzen. So habe er mit Umweltthemen auch grüne Sympathisanten angesprochen, mit Themen wie Korruption und Protektionismus unter anderem auch „gaullistische und rechtsextreme Wähler“. Als Montebourg dann jedoch, bei der Stichwahl zur sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidatur, für den Mitte-Links-Politiker François Hollande aufrief, geißelte Marine Le Pen dies als „Verrat an seinen Wählern“. Die rechtsextreme Politikerin stellte die Dinge so hin, als habe Montebourg ihre gemeinsamen Wähler verraten und verkauft – denen nunmehr allein der FN für die Stimmabgabe übrig bleibe.

„Neue Nacht des 4. August“

Ihre erste große Wahlkampfrede hielt Marine Le Pen am 11. Dezember 2011 in Metz, inmitten der ostfranzösischen Krisenregion Lothringen, die durch den Niedergang der Stahlindustrie schwer gebeutelt wurde und wird. Am selben Tag erschien ein Interview mit ihr in der Sonntagszeitung JDD, in welchem sie „eine neue Nacht des 4. August“ ankündigt. Dieses Datum ist allen Französinnen & Franzosen bekannt: In jener Sommernacht des Jahres 1789 wurden in einem Streich alle Feudalprivilegien von Adel und Klerus abgeschafft. Als neue Träger ungerechtfertigter Privilegien griff Marine Le Pen „die Profiteure von oben“ – Bankmanager, Finanzspekulanten – und „die Profiteure von unten“ in Gestalt von so genannten Sozialschmarotzern gleichermaßen an. Beide ruinierten die Nation.

In ihrer Rede vor rund 1000 Zuhörern bemühte sie sich dann um einen betont „sozialen“ Zungenschlag, welcher in dieser krisengeschüttelten Region gut ankommt. Der gemeinsame Kandidat von

→

Solidarität mit den Menschen im Lager Horst!

Für ein Leben OHNE Grenzen, Zäune und Lager!

Seit 2006 nutzt Hamburg das Lager Nostorf/Horst in MV als Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge.

Der Vertrag zwischen HH und MV wurde zwar zum September 2012 gekündigt, aber erneute Verhandlungen von Seiten des SPD Senats zur Weiterführung sind im Gespräch. Das fällt noch hinter die rigide Flüchtlingspolitik des schwarzgrünen Vorgängersenats zurück und ist ein Skandal. Das Lager bedeutet für alle eine völlige Isolation • Am Wochenende fährt zwischen dem Lager und Boizenburg oder Lauenburg kein Bus • Kontakt zu RechtsanwältInnen oder Beratungsstellen werden durch die Abgeschiedenheit sehr erschwert oder unmöglich gemacht • Die psychischen Probleme durch die traumatischen Erlebnisse der Flüchtlinge werden durch das Lagerleben verstärkt. • Die spärliche medizinische Versorgung im Lager bietet keine ausreichende Hilfe • Die Kinder der Familien können nicht zur Schule gehen • Die für Hamburg geltende Schulpflicht wird ignoriert • Einige der Flüchtlinge müssen bis zu 15 Monaten im Lager ausharren, oder solange bis sie abgeschoben werden • Das Lagerleben macht krank • Wir wollen sie nicht alleine lassen! • Isolation durchbrechen – Lager abschaffen

Kundgebung am Samstag, 14.1.'12 um 12h

Mit Infos, Musik, offenem Mikrofon
Gemeinsame Anreise aus HH:
9.30 Uhr S-Bahn Sternschanze.
Einfachste Anreise ist mit dem Auto.

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.
www.fluechtlingsrat-hamburg.de ■

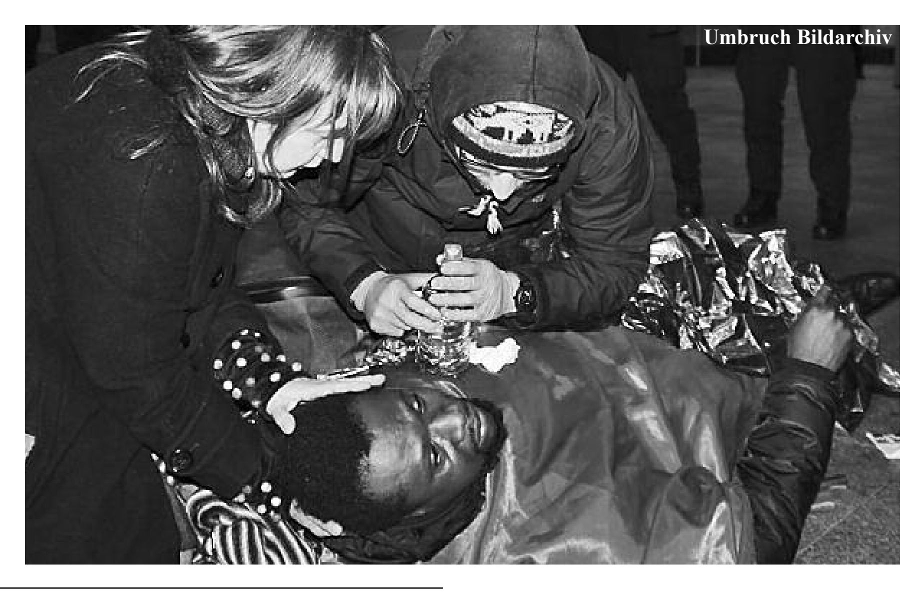
Polizeigewalt bei Demo gegen Polizeigewalt

DESSAU Die friedliche Demonstration, die an den siebten Todestag des in Polizeigewahrsam in Dessau zu Tode verbrannten Afrikaners Oury Jalloh erinnern sollte, wurde von der Polizei mit Gewalt beantwortet. Dabei wurden zahlreiche Demonstranten verletzt. Mouctar Bah, Initiator der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, wurde mehrmals von der Polizei geschlagen.

Am Anfang der Demonstration versuchte die Polizei gewaltsam die Verwendung des Begriffs „Oury Jalloh, das war Mord" zu verbieten. Die Demonstranten weigerten sich und bezogen sich auf ihr Grundrecht der Meinungsfreiheit und entsprechende Gerichtsurteile, was die Polizei nicht akzeptierte. Nachdem ihr Versuch scheiterte das Transparent gewaltsam zu entfernen begann die Polizei die Demonstration anzugreifen trotz deren friedlichen Verlaufs. Vielen DemonstrantInnen erschienen die Provokationen geplant. Es wurden gezielt Aktivisten ohne ersichtlichen Grund provoziert und geschlagen. Mouctar Bah und vielen Demonstranten wurde unvermittelt ins Gesicht geschlagen und u.a. an Nase und Augen verletzt. Bei der Schlusskundgebung wurde Mouctar Bah von mehreren Polizisten zu Boden gerissen und geschlagen, sodass er bewusstlos ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Er ist im Krankenhaus geblieben. „Egal wie hart uns die Polizei angreift und verletzt, wir werden den Kampf zur Aufklärung des Mordes an Oury Jalloh niemals aufgeben." so Komi, ein Aktivist der Oury Jalloh Initiative.

Am 9. Januar 2012 wird der Oury Jalloh-Prozess fortgesetzt, am 19. Januar 2012 ist die Urteilsverkündung anberaumt.

http:initiativeouryjalloh.wordpress.com
7.1.12 ■


Umbruch Bildarchiv

Linkssozialdemokraten und KP bei der Präsidentschaftswahl, Jean-Luc Mélenchon, beschuldigte Marine Le Pen deswegen an den folgenden Tagen des „Plagiats". Mélenchon betonte, man müsse jedoch hinter ihre Begriffe sehen: „Marine Le Pen spricht von einer ‚Revolution'. Doch bei ihr geht es weder um eine Bürgerrechtsrevolution" – welche Mélenchon sich auf die Fahnen schreibt – „noch, natürlich, um eine sozialistische Revolution.

Bei ihr dreht es sich um eine Nationale Revolution, wie sie vom Regime des Marschalls Pétain proklamiert wurde." Ein Spitzenpolitiker von Mélenchons Linkspartei (PdG) – einer Abspaltung der Sozialdemokratie –, Alexis Corbière, zählte zugleich die Begriffe in ihrer Rede. Marine Le Pen sagte demnach 76 mal „Frankreich" oder „Franzosen"; immerhin 15 mal „Volk", hingegen je zwei mal „Arbeiter" oder „Erwerbstätige". Je einmal fielen der Begriff „Lohn" oder „Rente", aber nicht einmal ein Wort wie „Erhöhung". Völlig abwesend blieben „Streik", „Kampf (um Rechte)" oder auch „Mindestlohn". Was eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns betrifft, so hatte Le Pen zuvor bei einem Fernsehauftritt auf eine Frage diesbezüglich geantwortet, ein solches „Reförmchen" (wörtlich: une mesurette, „ein Maßnähmchen") interessiere sie doch nicht.

Das nachvollziehbare Fazit von Corbières Artikel lautet, die rechtsextreme Politikerin versuche zwar von den vorhandenen sozialen Frustrationen in der Krise zu profitieren. Real habe sie jedoch Lohnabhängigen, Prekarisierten und Armen schlicht nichts anzubieten, was ihnen wirklich aus ihrer Lage hilft.

Bernhard Schmid, Paris ■

Bund und Länder sollen auf das Asyl-Schnellverfahren an Flughäfen verzichten

„Die Bundesregierung setzt alle Hebel in Bewegung, um das unsinnige Asyl-Schnellverfahren auch auf europäischer Ebene zur Regel zu machen" so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zum Flughafen Berlin-Brandenburg Willy Brandt (17/8095). Die Abgeordnete weiter:

„Die Bundesregierung räumt in ihrer Antwort ganz unverblümt ein, dass sie Druck auf die Brandenburger Landesregierung ausgeübt hat, Einrichtungen zur Durchführung des Asyl-Schnellverfahrens am Flughafen Berlin-Brandenburg (BBI) zu bauen. Damit solle verhindert werden, dass die deutsche Verhandlungs-

→

position auf EU-Ebene bei den Verhandlungen über eine neue Asylverfahrensrichtlinie geschwächt werde. Der Kommissionsvorschlag sah ursprünglich kein solches Schnellverfahren vor.

Im Asyl-Schnellverfahren werden die Asylsuchenden noch vor der Einreise in die Bundesrepublik festgehalten und in speziellen Einrichtungen untergebracht, die auch als Abschiebegefängnis dienen. Es ist für Asylsuchende nicht nachvollziehbar, warum sie in Deutschland erst in einem Gefängnis landen und man ihnen dann eröffnet, dass sie sich außerdem noch gar nicht in Deutschland befinden. Dieser bürokratische Irrsinn auf Kosten der Asylsuchenden muss endlich ein Ende haben. Bund und Länder sollten endlich auf das Flughafenverfahren verzichten. Die frei werdenden Ressourcen lassen sich zum Schutz von Flüchtlingen wirkungsvoller verwenden."

Berlin, den 15. Dezember 2011
Die Antwort kann auf Ulla JelpkesHomepage heruntergeladen werden: http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=2102
Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE ■.

Innenminister verweigern neue Bleiberechtsregelung

Die Innenminister haben sich auf ihrer Konferenz vom 8./9. Dezember 2011 nicht auf eine neue Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge einigen können. Das Problem der Kettenduldungen bleibt damit weiterhin bestehen:

Wer nach dem 1.7.1999 (Einzelpersonen) bzw. 1.7.2001 (Familien) eingereist ist, konnte sich auf die alte Bleiberechtsregelungen nicht mehr berufen. Auch die Flüchtlinge, die wegen fehlender Pässe oder mangelnder Unterstützung der eigenen Abschiebung von einem Bleiberecht ausgeschlossen wurden, haben, oft nach jahrzehntelangem Aufenthalt, keine Chance auf eine Legalisierung. Rund 87 000 Geduldete gibt es bundesweit, davon lebt ein hoher Anteil (rund 12 000) in Niedersachsen. 70% aller in Niedersachsen aufhältigen, geduldeten Flüchtlinge leben bereits mehr als sechs Jahre in Deutschland. Die von den Innenministern zur Schau gestellte Verweigerung einer Problemlösung ist erschreckend und enttäuschend. Jetzt ist der Gesetzgeber gefordert, endlich zu handeln und eine rollierende gesetzliche Bleiberechtsregelung zu beschließen.

Unklar bleibt bislang auch die Tragweite des Beschlusses der Innenminister, die Ende des Jahres auslaufenden Aufenthaltserlaubnisse „auf Probe" unter bestimmten Voraussetzungen zu verlängern. Nach Auskunft des niedersächsischen Innenministeriums wird es noch in dieser Woche einen Erlass dazu geben.

Die angekündigte Beteiligung Deutschlands an einem Resettlement-Programm in Zusammenarbeit mit dem Hochkommissar für Flüchtlinge in den nächsten drei Jahren ist ein richtiges und wichtiges Signal für Europa. Zwar ist die Zahl der aufzunehmenden Personen mit jährlich 300 nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Implementierung eines dauerhaften Resettlementprogramms, das ausgebaut werden kann und muss, ist damit jedoch zumindest eingeleitet.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 12.12.11 ■

Todesurteil aufgehoben

Auseinandersetzung um Freilassung beginnt!

Am 7. Dezember war es soweit: die Staatsanwaltschaft von Philadelphia gab offiziell bekannt, was vielen schon



längst deutlich war: sie haben keine Möglichkeit, mit einem Jury-Verfahren die Schuld Mumia Abu-Jamals zu beweisen und damit die Todesstrafe gegen ihn durchzusetzen. Aus Angst vor den möglichen Folgen einer öffentlichen Verhandlung vor einer Jury gab die Staatsanwaltschaft daher auf. Die Meldung von der endgültigen Aussetzung der Todesstrafe verbreitete sich in Minuten um die Welt. Große Erleichterung und gleichzeitig das Gefühl des Erfolges stellten sich bei allen ein, die seit vielen Jahren für das Leben von Mumia Abu-Jamal gekämpft haben. Die Verhinderung der Hinrichtung ist das Ergebnis der Arbeit Tausender von Menschen über viele Jahre hinweg. Es ist klar, worum es jetzt geht: Mumia muss endlich freigelassen werden! …

Kurz nach seinem 30. Haftjahrestag am 9. Dezember wurde Mumia zuerst aus dem Todestrakt und wenige Tage später in das SCI Mahanoy Gefängnis in Pennsylvania verlegt. … Er unterliegt derzeit erschwerten Einzelhaftbedingungen und Kontaktbeschränkungen. Er soll „in naher Zukunft" in den Normalvollzug verlegt werden. Wie seine Haftbedingungen dort genau aussehen werden, ist noch unklar. Deshalb ist es wichtig, den Behörden deutlich zu machen, das die Weltöffentlichkeit weiter wachsam ist.

Schreibt Mumia und zeigt den Behörden damit gleichzeitig, dass ihr sie beobachtet. Genauso, wie die weltweite Bewegung durch Beharrlichkeit die Hinrichtung von Mumia verhindert hat, wird sie nun auch vorgehen, um endlich seine Freilassung durchzusetzen.

FREE MUMIA – Now!

Nach Newsletter: http://www.mumia-hoerbuch.de ■

Verfahren wegen Beihilfe zum illegalen Aufenthalt eingestellt

Mit Schreiben vom 5. Dezember teilte der Richter am Amtsgericht Waldbröl Becker mit, dass das Gericht erwägt, das Strafverfahren gegen den Pfarrer der ev. Kirchengemeinde Waldbröl und sein Presbyterium nach § 153 Abs. 2 StPO einzustellen, weil das Verschulden als gering anzusehen wäre und ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung nicht (mehr) bestehe. Die Staatsanwaltschaft habe einer Einstellung bereits zugestimmt. Nachdem die Angeklagten der Einstellung ebenfalls zugestimmt haben, endet somit das Verfahren.

So weit so gut! Kirchenasyle finden nicht in rechtsfreien Räumen statt. Das war uns immer schon klar, aber so richtig deutlich ist es uns noch einmal in diesem Fall geworden. Unsere Lehre daraus: Auch wenn wir überzeugt sind, unter christlichen, ethischen und moralischen Gesichtspunkten das Notwendige und Richtige zu tun, müssen wir uns stets bewusst machen, dass unser Handeln unter rechtlichen Gesichtspunkten als falsch und strafrechtlich relevant eingestuft und verfolgt werden kann. Für die Kirchenasylpraxis bedeutet das, abzuwägen und im Zweifelsfall mutig zu sein, das im Sinne der bei uns Schutz suchenden Menschen Notwendige und Richtige auch dann zu tun, wenn uns persönliche Nachteile drohen.

Empörung und Solidarität hat das Verfahren gegen das Waldbröler Presbyterium bundesweit ausgelöst. Wir können nur vermuten, dass auch dies zur Einstellung letztlich beigetragen hat.

Quelle: Pressemitteilung Asyl in der Kirche/NRW 9. Dezember 2011 – Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Kralik-Ausstellung jetzt auch in Düsseldorf !

Nach einer erfolgreichen Präsentation der Ausstellung „Gesichter des deutschen Widerstandes – Lya und Hanns Kralik“ in Paris in Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen und der evang. Kirche des Rheinlandes Oktober/ November 2010, im September/Oktober 2011 in Remscheid in Zusammenarbeit mit dem Remscheider Kulturamt, der Zentralbibliothek und der evang. Kirchengemeinde RemscheidLennep gibt es nun auch eine Präsentation der VVN-BdA-Ausstellung in der Galerie fiftyfifty in Düsseldorf. Geeignete städtische Räumlichkeiten in unserer Stadt für die Ausstellung, die dem ehemaligen Kulturdezernenten und seiner Frau Lya gewidmet ist, waren erfolglos. Ein finanzieller Zuschuss für die Pariser Ausstellung wurde bereits von der CDU/FDP-Mehrheit im Kulturausschuss abgelehnt.

Eröffnung der Ausstellung „Lya und Hanns Kralik – Gesichter des deutschen Widerstandes“ am Freitag, 13. Januar 2012 um 19.00 Uhr in der Galerie fiftyfifty, Düsseldorf-Eller, Jägerstraße 15.

Die Ausstellung umfasst zahlreiche Arbeiten des Malers, Grafikers und ersten Düsseldorfer Kulturdezernenten der Nachkriegszeit, der sich 5 Jahre um den Wiederaufbau des zerstörten Düsseldorfer Kulturlebens verdient gemacht hatte. Hinzu kommen Dokumente zu seinem Leben und Wirken sowie seiner Frau Lya Kralik, die wie er im antifaschistischen Widerstand aktiv war.

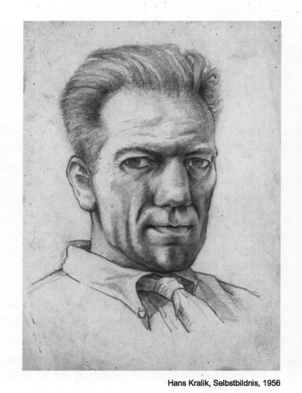
Als Kommunisten in Deutschland verfolgt, flohen Lya und Hanns Kralik über Holland nach Frankreich, wo sie sich der illegalen Arbeit in der Resistance anschlossen. Unterstützung und Schutz erfuhren sie von der Vertriebenen-Organisation Cimade und den Gemeinden der Eglise Reformee de France, die ebenfalls der Widerstandsbewegung angehörten. Nach der Befreiung kehrten sie nach Düsseldorf zurück, mussten aber dort wiederum unter Adenauer Ausgrenzung wegen ihrer Mitgliedschaft in der KPD erfahren. Hanns Kralik wurde entlassen.

Der Katalog der Pariser Ausstellung und eine umfassende Dokumentation von Klara Tuchscherer/Klaus Stein/Hermann Kopp, Biografie und Nachkriegsgeschichte von Lya und Hanns Kralik betreffend, stehen bei der Ausstellungseröffnung zur Verfügung.

Im kulturellen Rahmenprogramm wird das Duo „Meerstein-Express“ mit seiner „JazzFusion“ ein eigenes Erlebnis bieten.

WN-BdA Kreisvereinigung Düsseldorf
LA. Jürgen Schuh (Kreissprecher) ■

Gesichter des deutschen Widerstandes: Lya und Hanns Kralik



Hans Kralik, Selbstbildnis, 1956



Hans Kralik, Porträt Fräulein L., 1932

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: J. Detjen, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Mit John Lennon gegen Nazis, Atomkraft und Bankenmacht

Kalender-soziale-Bewegungen 2012 ist da



Was sich in der Provinz zwischen Steinhuder Meer, A1 und Elbe so bewegt, zeigt der „Kalender-soziale-Bewegungen 2012“. Der bunt, informativ und sympathisch gemachte Kalender stellt jeden Monat eine neue Geschichte vor, wie Menschen was bewegen. Da gehts um regionalen Widerstand gegen Atomkraft und Bankenmacht, ackern & rackern auf einem Schulbauernhof, über den auf dem Truppenübungsplatz Bergen gedrehten Antikriegsfilm mit John Lennon und wie seine Fotos ins Panzermuseum Munster gelangten. Die Zwangsarbeit in der Region Hannover wird ebenso thematisiert wie der Kampf der Celler Busfahrer gegen Lohnsenkung im ÖPNV. Der gesellschaftskritische Lüneburger Künstler dili Dillmann stellt eines seiner brandaktuellen Kunstwerke vor und das just erfolgreich beendete Kirchenasyl in Rotenburg wird gefeiert. Der oft in Niedersachen im Bauwagen bei Walsrode lebende Straßenmusiker Klaus der Geiger setzt ganz besondere Noten. Der Landesfrauenrat hat den Kalender mit einer Seite zur bekannten Frauenrechtlerin Anita Augsburg unterstützt.

Wer mehr wissen will schaut ins Internet bei: antifa-sfa.tk oder bestellt den Kalender 2012 für ganze 12 Euro bei zug_der_erinnerung@yahoo.de

Der Kalender ist u.a. in Gewerkschaftsbüros in der Region zu erwerben.

Herausgeber sind DGB-KulturAK, Radio Flora, Antifa-Initiative und Geschichtswerkstatt, Deisterstr.72, 30449 Hannover – Postkarte genügt. Versand ist portofrei.

Andrea Schlüsselburg, Charly Braun und Horst Kröger haben in ehrenamtlicher Arbeit den Kalender jetzt im dritten Jahr gemacht und freuen sich auf die Nachfrage. ■

Die FDP und der Euro

Junge Freiheit Nr. 50/11 bis 2/12 vom 9., 16. und 23. Dezember 2011 sowie vom 6. Januar 2012

Die Mitgliederabstimmung über den Euro-Rettungsschirm in der FDP war noch nicht beendet – das Blatt hatte von Anfang an die Initiative des Euro-skeptischen Bundestagsabgeordneten Schäffler unterstützt – da titelt das Blatt: „Beim Mitgliederentscheid über die Euro-Rettung geht es um Sein oder Nichtsein der FDP – und um den Spielraum für eine neue Partei."

Der Mitgliederentscheid hinterlässt eine in der Mitte durchgespaltene FDP – aber von einer neuen Partei ist noch nichts in Sicht. Chefredakteur Dieter Stein kommentiert: „Unterdessen schwirrt in Berlin die Luft von Gerüchten über eine neue bürgerliche Anti-Euro-Partei …" Das „sind jedoch Blütenträume von Hauptstadtjournalisten. Eine kopflose Partei wurde noch nie geboren. Und das ist es, was bislang fehlt: ein ernstzunehmender Kopf."

Auch der Wechsel des ehemaligen BDI-Präsidenten Olaf Henkel von der FDP zu den Freien Wählern kommentiert das Blatt entsprechend: „Dass die Gründung einer neuen Partei nicht nur den Ruf gefährdet, sondern mit ähnlicher Wahrscheinlichkeit scheitert wie der Euro, schwante Henkel wohl. Deshalb rückte er von einer Neugründung ab." (Nr. 52/11)

Die Maßnahmen zur Euro-Rettung bezeichnet das Blatt als „Super-Versailles", „das den Nationalstaat der Deutschen nicht nur zum Dauerzahler macht, sondern im wesentlichen abschafft." Durch alle vier Ausgaben zieht sich penetrant die Vorhersage, der Euro werde die nächsten zehn Jahre nicht überstehen und die Bundesrepublik Deutschland müsse die Schulden aller Euro-Staaten zahlen – obwohl doch überdeutlich wird, dass in den hochverschuldeten Staaten die Armen und die lohnabhängig Beschäftigten die Schulden zahlen sollen – durch Steuererhöhungen, Rentenkürzungen, Kürzungen in den Sozial- und in den Bildungssystemen.

Stattdessen wittert das Blatt mal wieder Verrat an der nationalen Sache. Das Ergebnis des Mitgliederentscheids beweist dem Blatt, dass es „wenig Hoffnung" gibt für die Liberalen.

Neue Kriminalisierungsversuche

In der Ausgabe Nr. 50/11 startet das Blatt eine Serie „Staatsversagen im Vorbürgerkrieg", die sich mit den „Ursachen und Erscheinungsformen deutschenfeindlicher Aggression" befassen soll. Die Serie ist ein Konglomerat aus Halbwahrheiten und rassistischen Vorurteilen: „Fremde Täter suchen sich auffallend oft häufig deutsche Opfer. Das ist Realität." Diese Behauptung kann das Blatt aber nicht belegen, denn es stellt selbst fest, dass „deutschenfeindliche Straftaten nach wie vor nicht in offiziellen Statistiken erfasst und auch nicht besonders geahndet werden."

Diese Forderung nach einem besonderen Rechtssystem für Menschen mit Migrationsgeschichte wird nicht weiter vertieft, ist aber ein Hinweis auf das Rechtsverständnis des Blattes. Gleichbehandlung gehört nicht dazu. In der nächsten Ausgabe behauptet das Blatt dann – ebenfalls ohne irgendeine konkrete Grundlage – der „Großteil" angeblich deutschenfeindlicher Gewalttaten gehen von „jugendlichen Intensivtätern arabischer oder türkischer Herkunft" aus. Dass ein Großteil der vom Blatt ausgesuchten Jugendlichen – ob nun gewalttätig oder nicht – in der Bundesrepublik geboren und aufgewachsen sind, ficht das Blatt nicht an.

In der Weihnachtsausgabe behauptet das Blatt dann, es gebe eine „große Zahl unangemessen milder Urteile gegen gewalttätige Jung-Einwanderer", die direkt mit der „Ideologie des ‚Antirassismus'" zusammenhingen. Die „große" Zahl bezieht sich auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs, der eine Freiheitsstrafe gegen den Jugendlichen Onur K. in eine Bewährungsstrafe umgewandelt hat. In der Ausgabe Nr. 2/12 wird die Spekulation dann noch wilder: Hier behauptet das Blatt: „Bandenmäßige Vergewaltigungen junger Mädchen zum Zwecke ihrer Demütigung … erinnern an Schändungsorgien siegreicher Soldaten nach der Einnahme eines feindlichen Ortes und sind ein beunruhigendes Zeichen für das unterschwellige oder offenkundige Bewusstsein der Täter, dass sie sich als Kämpfer in einem ethnisch-kulturellen Bürgerkrieg sehen."

Nun ist die massenhafte Vergewaltigung vor allem als Verbrechen der Nazi-Wehrmacht im zweiten Weltkrieg bekannt geworden, für die angeblichen Massenvergewaltigungen durch junge Migranten gibt es keinerlei stichhaltige Beweise, noch weniger dafür, dass sie einen ethnisch-kulturellen oder auch sonstwie begründeten Bürgerkrieg führen. Bislang steht nur fest, dass es eine lange Mordserie durch die Neonazi-Gruppe rund um die NSU gegeben hat. Die Serie soll dagegen halten nach dem Motto „Haltet den Dieb."

Islamfeindlichkeit

In der Ausgabe 51/11 hatte Franz Uhle-Wettler, Generalleutnant a.D., dafür plädiert, den Islam als Hüter von Tradition und konservativen Familien- und Gesellschaftsvorstellungen zu schätzen und nicht zu fürchten. Das kann das Blatt nicht stehen lassen.

In der Ausgabe 2/12 antwortet der Manfred Kleine-Hartlage, Betreiber des Blogs www.korrektheiten.com, mit einem Aufsatz, „Warum Konservative den Islam doch fürchten sollten".

Die Antwort bezieht sich auf die altbekannten anti-islamischen Argumente: „weil die Frage, ob Europa in fünfzig Jahren liberal oder islamisch sein wird, nicht im ‚Dialog', sondern im Kreissaal entschieden wird …" Und „wer aber seine Sympathie bis zur Schönfärberei treibt, und dies angesichts einer jetzt schon Millionen zählenden, rapide wachsenden und immer dreister auftretenden muslimischen Minderheit im eigenen Land, leistet dem nationalen Selbstmord Vorschub." Gebährverbot für Muslime?

Es wird nicht ganz deutlich, was der Autor vorhat, auf jeden Fall müsse der Islam bekämpft werden. *uld* ■